

Niederschrift



Gremium: **23. Sitzung des Kreistages**
Sitzungsdatum: **Montag, den 05.03.2012**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**
Beginn: 09:05 Uhr Ende: 12:05 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Walter Aumann
Peter Baumeister
Peter Bergmeir
Friedlinde Besserer
Dr. Markus Brem
Hannelore Britzlmair entschuldigt
Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Silvia Daßler
Konrad Dobler
Renate Durner
Hansjörg Durz
Marlies Fasching
Franz Fendt
Markus Ferber
Annemarie Finkel
Anni Fries
Ludwig Fröhlich
Dieter Gerstmayr
Hannes Grönninger
Sabine Grünwald
Harald Güller
Bernhard Hannemann
Johann Häusler entschuldigt
Dr. Michael Higl
Sabine Höchtl-Scheel
Ulrike Höfer
Peter Högg
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Ursula Jung entschuldigt
Pius Kaiser

Annegret Kirstein	
Henriette Kirst-Kopp	
Georg Klaußner	
Alexander Kolb	
Hubert Kraus	
Rudolf Lautenbacher	
Albert Lettinger	entschuldigt
Heinz Liebert	
Gerhard Mößner	
Bernd Müller	
Lorenz Müller	
Franz Neher	
Dr. Manfred Nozar	
Gabriele Olbrich-Krakowitzer	
Jürgen Reichert	
Paul Reibacher	entschuldigt
Gerhard Ringler	
Eva Rößner	
Alfred Sartor	entschuldigt
Jürgen Schantin	
Joachim Schoner	
Peter Schönfelder	
Franz Settele	
Siegfried Skarke	entschuldigt
Stefan Steinbacher	
Robert Steppich	
Max Strehle	
Dr. Simone Strohmayr	
Dr. Max Stumböck	
Carolina Trautner	
Otto Völk	entschuldigt
Karl-Heinz Wagner	
Bernhard Walter	entschuldigt
Mathilde Wehrle	
Frank Weiher	
Robert Wittmann	
Peter Ziegelmeier	

Verwaltung:

Ulrich Gerhardt
Sybille Lichti
Jürgen Pabel
Günther Prestele
Michael Püschel
Sabine Schneider-Dempf
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- .
 1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2010;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 11/0338
 2. Jahresabschluss 2011;
Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 12/0015
 3. Abfallwirtschaftsbetrieb
Wirtschaftsplan 2012
 - a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012
 - b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg
gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der BetriebssatzungVorlage: 12/0031
 4. Mansio Zusmarshausen;
Antrag der FW-Kreistagsfraktion
 5. Kreishaushalt 2012;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 12/0032
 6. Verschiedenes
 7. Wünsche und Anfragen

Landrat Sailer spricht folgende Glückwünsche aus:

Kreisrat Walter Aumann	70. Geburtstag am 13. Januar 2012
Kreisrat Paul Reisbacher	70. Geburtstag am 15. Januar 2012
Stv. Landrat Johann Häusler	60. Geburtstag am 3. Februar 2012
Kreisrat Peter Högg	50. Geburtstag am 8. Februar 2012

Öffentliche Sitzung

Kreisrat Kolb spricht eingangs auf den von seiner Fraktion Anfang Februar gestellten Antrag an, heute die Fahrplanproblematik im südlichen Landkreis zu erörtern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe dazu auch einen Resolutionsvorschlag eingereicht, der heute nicht auf der Tagesordnung stehe.

Landrat Sailer erklärt zum Verfahren, es sei üblich, dass die Anträge zunächst in den Kreisausschuss zur Vorberatung und anschließend in den Kreistag gehen. Mit Kollegin Jung wurde in der Fraktionsvorsitzendenrunde vereinbart, dass die Angelegenheit nach Vorliegen der Ergebnisse der Fahrplanfortschreibung nochmals aufgegriffen werden soll. Kollegin Jung wollte in der Fraktionsvorsitzendenrunde rückmelden, ob seitens ihrer Fraktion mit dieser Vorgehensweise Einverständnis besteht. Landrat Sailer bittet daher um Verständnis, dass der Antrag vor diesem Hintergrund heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Kreisrätin Daßler verweist auf den in ihrer Fraktion schon öfters entstandenen Eindruck, dass es sich bei der Fraktionsvorsitzendenrunde um einen beschließenden Ausschuss handelt. Dem sei nicht so. Wenn von den Grünen Anträge gestellt würden, dann seien diese in den entsprechenden Gremien in absehbarer Zeit zu behandeln. Dass dies in der Fraktionsvorsitzendenrunde so besprochen wurde, habe Kollegin Jung berichtet. Nichts desto trotz sei die Gesamtfraktion der Meinung, dass man mit solchen Anträgen zeitnah in die entsprechenden Ausschüsse gehen sollte.

Landrat Sailer führt an, die Fraktionsvorsitzendenrunde sei zwar kein beschließender Ausschuss. Wenn man dort aber gemeinsam bespreche, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll und dies auch die Zustimmung der antragstellenden Fraktion, vertreten durch die Fraktionsvorsitzende, erfahre, dann sollte dies so gehandhabt werden. Die Rückmeldung, den Antrag in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen, sei bis dato nicht erfolgt. Daher stehe der Antrag heute nicht auf der Tagesordnung.

TOP 1	Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2010; Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO Vorlage: 11/0338
--------------	--

Sachverhalt:

Die Kassen- und Jahresrechnung 2010 wurde rechtzeitig erstellt und dem Kreisausschuss als Vorlage 11/0035 zur Kenntnis gegeben. Durch Beschluss vom 09.05.2011 hat der Kreisausschuss die Jahresrechnung 2010 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugewiesen. Nach Durchführung des Prüfungsverfahrens hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2010 vom 16.11.2011 mit Schreiben vom 23.11.2011 vorgelegt.

In der im Bericht enthaltenen Prüfungsbestätigung wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Jahresrechnung 2010 den Bestimmungen des Art. 88 LKrO entspricht und sich keine Unstimmigkeiten ergaben, die das Rechnungsergebnis verändern würden. Unter Hinweis auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Bemerkungen wurde gleichzeitig bestätigt, dass keine Mängel vorliegen, die einer Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2010 durch den Kreistag entgegen stünden (Prüfungsbericht S. 38).

Zu den Feststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses (Seiten 10 und 11 des Berichts) wurde die Hochbauverwaltung um Kenntnisnahme und künftige Beachtung gebeten, insbe-

sondere hinsichtlich einer genaueren Bauüberwachung sowie einer intensiveren Prüfung der Notwendigkeit externer Planungsleistungen.

Weitere Einzelbemerkungen, die eine weitere Veranlassung durch die Verwaltung erforderten, sind nicht enthalten, so dass der Kreisausschuss am 23.01.2012 (Vorlage Nr. 11/0337) dem Kreistag die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2010 gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO empfohlen hat.

Gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO ist der Kreistag ermächtigt, nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 89 LKrO) und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass hinsichtlich des Beschlusses über die Entlastung (Ziffer 2 des Beschlussvorschlags) der Landrat als Leiter der Landkreisverwaltung bei der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 43 LKrO) nicht teilnehmen darf.

Herr Seitz stellt den Sachverhalt dar. Der Kreistag fasst dazu folgenden

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2010 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

2. Für die Jahresrechnung 2010 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	60
Nein-Stimmen:	0

Landrat Sailer beteiligt sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 2 des Beschlusses.

**TOP 2 Jahresabschluss 2011;
Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 12/0015****Sachverhalt:**

Im Zuge des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 wurden noch über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben festgestellt, deren Deckung insgesamt gewährleistet ist und die demnach zulässig sind (Art. 60 Abs. 1 LKrO). Im Einzelnen handelt es sich um folgende Mehrausgaben, die einen Betrag von 100.000,00 € überschreiten und daher nach § 29 Abs. 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages vom 05.05.2008 in der Fassung vom 14.11.2011 vom Kreistag zu bewilligen und wie folgt abzudecken wären:

DR 1 (Personalausgaben) in Höhe von **245.728,61 €**
Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 4052.1660 (Personalkostenerstattungen ARGE) in gleicher Höhe

DR 13 (Leistungen der Jugendhilfe) in Höhe von **243.345,74 €**
Abdeckung durch Mehreinnahmen der Jugendhilfe in Höhe von **202.647,91 €**
und durch Minderausgaben im DR 46 (Kindertagesbetreuung) in Höhe von **40.697,83 €**

Soziale Leistungen der Bildung und Teilhabe (neu ab 2011) in Höhe von **198.593,80 €**
Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 9000.0920 (Belastungsausgleich Hartz IV) in gleicher Höhe.

Der Kreisausschuss hat die Angelegenheit im der Sitzung vom 30.01.2012 (Vorlage Nr. 12/0014) vorberaten und dem Kreistag die Bewilligung der dargestellten Mehrausgaben empfohlen.

Nach Erläuterung des Sachverhalts durch **Herrn Seitz** fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Die in der Sachverhaltsdarstellung aufgelisteten Mehrausgaben werden wie vorgeschlagen bewilligt und können in der jeweils genannten Höhe geleistet werden. Die Abdeckung erfolgt jeweils wie im Sachverhalt vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

TOP 3	Abfallwirtschaftsbetrieb
	Wirtschaftsplan 2012
	a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012
	b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den
	Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung
	Vorlage: 12/0031

Sachverhalt:

a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 18.07.2011 ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 (bestehend aus dem Erfolgs-, dem Vermögens- und dem Finanzplan) in der Sitzung am 08.12.2011 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2012, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation am 03.02.2012 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXVI) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2011 unter Würdigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2012. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan schließt in den Erträgen mit 20.426.900 € und in den Aufwendungen mit 16.442.900 € und damit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.984.000 €.

Die Hochrechnung für das Jahr 2011 lässt einen Jahresüberschuss von voraussichtlich rund 4,4 Mio. € erwarten.

Maßgeblich beeinflusst werden sowohl das voraussichtliche Jahresergebnis 2011 als auch das Planergebnis 2012 allerdings durch den Verbrauch der Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen 2008 bis 2010. Diese Rückstellung ist anlässlich der zum 01.01.2011 beschlossenen Senkung der Abfallgebühren im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 in Höhe von rund 8,91 Mio. € gebildet worden. Der Verbrauch dieser Rückstellung erfolgt im Rahmen der kaufmännischen Jahresabschlüsse zum 31.12. der Jahre 2011, 2012 und 2013 und führt damit zu einer entsprechenden Erhöhung des im jeweiligen Wirtschaftsjahr tatsächlich erwirtschafteten Jahresergebnisses. Bereinigt man diesen Sondereffekt, der im Erfolgsplan 2012 bei den Umsatzerlösen dargestellt ist, heraus, würde sich für das Jahr 2011 ein Jahresüberschuss von rund 1,3 Mio. € und das Planjahr 2012 ein Jahresüberschuss von gut 1 Mio. € errechnen.

Zu den Ansätzen bzw. zur Entwicklung der weiteren Positionen des Erfolgsplanes 2012 im Einzelnen darf an dieser Stelle auf die jeweils zugehörigen Erläuterungen auf den Seiten 14 ff. der Anlage verwiesen werden.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 5.131.000 €.

Die Ansätze für die Wertstoffinseln und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen sind 150.000 € vorgesehen. Damit kann auch im Jahr 2012 an mehreren Wertstoffsammelstellen vor allem in die zum Teil dringend notwendige Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen investiert werden.

Bei den Zuführungen zu den einzelnen Rücklagen handelt es sich um die jeweils zweckgebunden erwirtschafteten Zinserträge bzw. die Erhöhung der entsprechenden Rückstellungen gemäß Erfolgsplan. Demgegenüber werden auch verschiedene Entnahmen aus den einzelnen Rücklagen zur Abdeckung entsprechender Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlamm-trocknung müssen Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen aus dieser Rücklage auch die im Kreishaushalt 2012 des Landkreises Augsburg veranschlagten Kostenerstattungen für Altlastensanierungen getragen werden. Es handelt sich hierbei um eine Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg, die gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf (siehe b)). Die Höhe der möglichen Zuführung zur Gebührengleichgewichtsrücklage errechnet sich letztlich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes 2012.

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2011 bis 2015. Hier stehen die relativ hohen Jahresgewinne der Jahre 2011 und 2012 in engem Zusammenhang mit dem Jahresverlust des Jahres 2010, da die in diesem Jahr gebildete Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen planmäßig in den Jahren 2011 bis 2013 aufgebraucht wird. Das Jahr 2013 endet aus heutiger Sicht mit einem Jahresverlust von 2,4 Mio. €, weil gleichzeitig eine abermalige Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen zu bilden sein wird. Die Jahre 2014 und 2015 sind geprägt durch die Rekultivierung der Deponie Hegnenbach.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2012 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2012 übernommen.

b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 7 der Betriebssatzung

Der vom Kreistag zu beschließende Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 (vgl. a)) enthält im Vermögensplan 2012 einen aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu entnehmenden Ausgabeansatz in Höhe von 150.000,00 € als Kostenersatz an den Landkreis Augsburg für die Sanierung von Altlasten. Korrespondierend dazu enthält der Haushaltsplan des Landkreises Augsburg für das Jahr 2012 einen Einnahmeansatz in Höhe von 150.000,00 €.

Für derartige Eigenkapitalentnahmen durch den Landkreis bedarf es (einer Anmerkung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes – BKPV – im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 zufolge) einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung.

Die exakte Höhe des an den Landkreis Augsburg für das Jahr 2012 zu leistenden Kostenersatzes wird erfahrungsgemäß erst kurz vor Ende des Jahres 2012 bezifferbar sein. Zeitlich wird es dann allerdings nicht mehr möglich sein, die entsprechende Zustimmung des Kreistags (incl. Vorberatung durch den Werkausschuss) noch vor Auszahlung an den Landkreis Augsburg und vor Ende des Wirtschaftsjahres 2012 einzuholen. Aus diesem Grund hat der Werkausschuss dem Kreistag in der Sitzung vom 08.12.2011 empfohlen, bereits jetzt schon die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu erteilen, und zwar „in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2012 anfallenden Kosten, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2012 veranschlagten Ausgabeansatzes“. Diese, mit dem BKPV abgestimmte Vorgehensweise hat sich bereits seit dem Jahr 2010 bewährt.

Der tatsächliche Höhe der Eigenkapitalentnahme 2012 wird im Rahmen unseres kaufmännischen Jahresabschlusses zum 31.12.2012 in der Bilanzposition Allgemeine Rücklage als „Entnahme durch den Landkreis Augsburg für Altlastensanierung“ verbucht bzw. dargestellt werden.

Herr Prestele führt aus, der vorliegende Wirtschaftsplan 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes sei haushaltsrechtlich betrachtet ein Teil des Kreishaushaltes, stelle aber ein eigenständiges und in sich abgeschlossenes Zahlenwerk dar. Die kommunale Abfallwirtschaft werde seit mittlerweile 14 Jahren insbesondere deshalb in der Rechtsform eines kommunalen Eigenbetriebes geführt, weil dieser wichtige Bereich der Daseinsvorsorge mit größtmöglicher Transparenz für die Bürger und Gremien ausgestattet sein müsse.

Durch das enge Zusammenspiel zwischen Werkleitung, Landrat und Werkausschuss konnte eine flexible und leistungsfähige öffentliche Entsorgungseinrichtung geschaffen werden. Mit dieser Organisationsform könne auf sich abzeichnende Veränderungen in der Abfallwirtschaft in der Regel zeitnah und effektiv reagiert werden. Rückblickend verweist Herr Prestele in diesem Zusammenhang z. B. an den Ausstieg aus dem Leistungsvertrag mit dem Dualen System Deutschland und der gleichzeitigen Einführung des Gelben Sackes im Jahr 2004 sowie der gleichzeitigen Neuausrichtung der Wertstoffsammelstellen zum damaligen Zeitpunkt. Damals konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb das Entsorgungsangebot deutlich verbessern.

Ein wichtiger Meilenstein sei in den letzten Jahren auch die aktive Bewirtschaftung des anderweitig kaum nutzbaren Deponievolumens in Hegnenbach gewesen. Hier stehe noch heute die endgültige Verfüllung an. Die Übernahme der Blauen Papiertonne Mitte 2010 und deren weitere Verdichtung sei eine ebenso wegweisende Entscheidung für die künftige Abfallwirtschaft im Landkreis Augsburg wie die noch vor dem Landkreis liegende Implementierung der Braunen BioEnergieTonne auf breiter Front. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene komme den Bioabfällen, die sich momentan noch im Hausmüll befinden, eine immer größere Bedeutung zu. Eine effizientere Trennung der Bioabfälle vom Restmüll und deren energetische Verwertung sei daher das Gebot der Stunde. Hierzu werden im Werkausschuss in Kürze die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen sein.

Mit diesen Weichenstellungen wolle der Abfallwirtschaftsbetrieb schon jetzt die noch verbleibende Zeit nutzen, die das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in diesem Punkt einräume. Spätestens ab dem Jahr 2015 werde die getrennte Erfassung der Bioabfälle landkreisweit obligatorisch sein. Das ab 01.06.2012 geltende neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, zu dem der Kreistag vor Jahresfrist eine Petition an die hiesigen Bundestagsabgeordneten verfasst hatte, billige den öffentlich-rechtlichen Entsorgern und damit den Abfallgebührenzählern des Landkreises hinsichtlich der so genannten gewerblichen Sammlungen auch künftig einen gewissen Schutz zu. Die gewerblichen Entsorger dürften nämlich nur dann aktiv werden, wenn sie den Bürgern ein besseres, also komfortableres Angebot machen könnten und dabei die

Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers oder des von ihm beauftragten Dritten nicht gefährdet werde. Alles in allem seien dies relativ hohe Hürden für die gewerbliche Sammlung. Trotzdem müsse man wachsam sein und das Abfallwirtschaftskonzept immer wieder neu hinterfragen und ggf. noch flexibler gestalten. Besonders wichtig werde sein, wie die Rechtsverordnung des Bundes im Hinblick auf die so genannte Wertstofftonne ausgestaltet sein werde. Das Thema bleibe auf jeden Fall spannend.

Herr Prestele legt dar, die vorgenannten Punkte fanden und finden ihren Niederschlag immer im jeweiligen Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan – bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Stellenplan und Finanzplan – biete Gewähr für die absolute Transparenz des Abfallwirtschaftsbetriebes. Wem dabei allein die Zahlen zu nüchtern seien, der könne dem Vorbericht weitere interessante Informationen zur Organisation, zum Abfallwirtschaftskonzept selbst und zur Entwicklung der Abfall- und Wertstoffmengen sowie zur Gebührenstruktur und Bonität des Abfallwirtschaftsbetriebes entnehmen. Der Vorbericht korrespondiere dabei mit den einzelnen Ansätzen in den eingangs genannten Plänen.

Der Erfolgsplan – er entspreche in etwa dem Verwaltungshaushalt bei den Kommunen – schließe in 2012 mit 20,426 Mio. € bei den Erträgen und mit 16,442 Mio. € bei den Aufwendungen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb erwarte somit für heuer einen Überschuss von rd. 4 Mio. €. Die Hochrechnung für das abgelaufene Jahr 2011 lasse ebenfalls einen Jahresüberschuss in dieser Größenordnung erwarten. In beiden Ergebnissen, also sowohl im voraussichtlichen Jahresergebnis 2011 als auch im Planergebnis 2012, sei jedoch der Verbrauch der Rückstellung für die Rückgewähr der Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2008 bis 2010 enthalten. Diese Rückstellung sei im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 anlässlich der Abfallgebührenerkung zum 01.01.2011 gebildet worden und werde nun im Rahmen der kaufmännischen Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 verbraucht, was zu einer entsprechenden buchhalterischen Erhöhung dieser drei Jahresergebnisse führe. Bereinige man diesen Sondereffekt heraus, würde sich für das Jahr 2011 ein Jahresüberschuss von rd. 1,3 Mio. € und für das Jahr 2012 ein Jahresüberschuss von gut 1 Mio. € errechnen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb bezeichne dies als operativen Überschuss.

Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstelle, schließe in Einnahmen und Ausgaben mit 5,1 Mio. €. Gespeist werde dies auf der Einnahmenseite durch den Jahresgewinn, durch die Abschreibungen und durch die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen. Auf der Ausgabenseite stünden die Investitionen auf den Wertstoffsammelstellen und Wertstoffinseln. Außerdem seien dort der Verbrauch von langfristigen Rückstellungen und die Zuführungen zu den Rücklagen, dies seien in der Regel die erwirtschafteten Zinsen, sowie die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis für Altlastensanierungen veranschlagt.

Der Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes weise 5 Beamten- und 9 Beschäftigtenstellen aus. Umgerechnet auf Ganztagsstellen und ohne die bereits in der Freistellungsphase befindlichen Altersteilzeitler seien beim Abfallwirtschaftsbetrieb derzeit 9 Bedienstete tätig. Der Personalaufwand für die Verwaltung betrage 3,3 % der Ausgaben im Erfolgsplan und könne somit seit Jahren auf einem erfreulich niedrigen Niveau gehalten werden. Die in vorausschauender Weise schon über viele Jahre angesammelten Rücklagen würden dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Gebührenstabilität, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponien Gallenbach und in wenigen Jahren auch für Hegnenbach, sichern.

Vorbehaltlich des noch zu fassenden Verwendungsbeschlusses für das Jahresergebnis 2011 betragen die Rücklagen laut Herrn Prestele insgesamt rd. 35 Mio. €. Die bedeutendste Rücklage sei die Rücklage Hegnenbach mit rd. 17,7 Mio. €, gefolgt von der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit rd. 8,2 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit rd. 5,5 Mio. €, der Gebühren-

ausgleichsrücklage mit 1,9 Mio. €, der Rücklage für Pensionsrückstellungen und Beihilfen von rd. 0,8 Mio. € sowie dem Stammkapital von rd. 0,5 Mio. €.

Der Finanzplan gebe einen Überblick über die Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2011 bis 2015. Ein Großteil der Ausgaben und Deckungsmittel werde sich dem Finanzplan zufolge auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig konstant entwickeln. Die Jahre 2014 und 2015 seien allerdings geprägt durch die dann anstehende Rekultivierung der Deponie Hegnenbach.

Zusammenfassend stellt Herr Prestele fest, dass die Finanzausstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes als äußerst solide bezeichnet werden kann. Dies zeige sich unter anderem darin, dass die Müllgebühren im Vorjahr erneut und damit schon zum fünften Mal in Folge gesenkt werden konnten. Der Landkreis sei hier inzwischen in etwa auf dem Gebührenniveau des Jahres 1994 angelangt. Mit dem heute vorliegenden Wirtschaftsplan 2012 habe sich der Werkausschuss am 08.12.2011 in Bezug auf den Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie der Personalausschuss am 03.02.2012 mit dem Stellenplan befasst und diesen dem Kreistag zur Verabschiedung empfohlen.

Beschluss:

- a) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 08.12.2011 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation vom 03.02.2012 beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2012.
- b) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 08.12.2011 erteilt der Kreistag die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme im Wirtschaftsjahr 2012 durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2012 anfallenden Kosten für Altlastensanierungen, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2012 veranschlagten Ausgabeansatzes von 150.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Mansio Zusmarshausen; Antrag der FW-Kreistagsfraktion

Da Kreisrat Lettinger erkrankt ist, verliert **Kreisrat Hannemann** folgende von Kreisrat Lettinger übermittelte Stellungnahme:

„Ausgangssituation ist die vor einigen Jahren erfolgte Erweiterung der Via Julia nach Günzburg. Das Problem dieser Römerstraße ist allerdings, wie bei vielen anderen Römerstraßen auch, dass das römische Erbe entlang dieser Straßen für die Öffentlichkeit nicht erlebbar ist. Dies führt unter touristischen Gesichtspunkten dazu, dass die Frequentierung relativ gering ist, obgleich das Römerthema die Menschen eigentlich begeistert.

Angesichts dieser Situation entstand der Gedanke, wie dieses Manko beseitigt werden könnte. Daher wurde das Projekt Mansio im Bereich Zusmarshausen entwickelt. Es ist davon auszugehen, dass auch im Bereich Zusmarshausen eine Mansio existierte. Solche Straßenstationen waren an den Römerstraßen im Abstand von 20 bis 40 km eingerichtet. Ein Standort für die Straßenstation in diesem Bereich sollte damit auch für den Besucher historisch begründet und erlebbar sein. Zudem gab es auch in Zusmarshausen immer wieder Römer-

funde, wie den Trockenofen und die Darre, die also belegen, dass mit größter Wahrscheinlichkeit eine römische Siedlung auch in diesem Gebiet vorhanden war.

Aus einem Artikel der AZ vom 25.02.2012 war auch zu entnehmen, dass ein Römerdorf am Altmühlsee geplant ist. Hauptgedanke ist auch hierbei, spielend die Geschichte erleben zu können. Hauptattraktion soll auch hier eine nachgebautes Alemannen- oder Römerdorf sein.

Nun zu den eigentlichen Zielen des Projektes Mansio: Die Schaffung eines überregionalen Impulsgebers für den Tourismus im Landkreis Augsburg und der gesamten Region, da es in Deutschland bislang keine Straßenstationen Römerstraßen gibt, soll diese römische Geschichte in der Form erlebbar machen. Damit sollen auch das Image und der Bekanntheitsgrad des Landkreises Augsburg weiter entwickelt werden. Eine Attraktivitäts- und Bekanntheitsgradsteigerung ist das Ziel. Der ländliche Raum ist durch dieses konkrete Vorhaben zu stärken. Gerade in Verbindung zum Legoland Deutschland ist es wichtig, in der Region weitere Angebote für Familien anzubieten. Das Römerthema ist diesbezüglich bestens geeignet, und die Erholungsgebiete um den Rothsee bieten eine optimale Ergänzung für Familienangebote. Das Projekt bietet eine Investition in das Naherholungsgebiet rund um den Rothsee und ein authentisches Angebot an die Schulen in Süddeutschland, die die Römerthematik als Unterrichtsbestandteil haben.

Die Grund- und Mittelschule Zusmarshausen, aber auch die Realschule unterstützen das Projekt und bestätigen die Aufnahme des Themas in den Lehrplan. Außerschulische Lernorte und Bildungseinrichtungen sind sehr gefragt und decken dabei all die Wissensbereiche ab, die in den Schulen nicht in gleichem Maße vermittelt werden können. Die Schaffung eines Standorts im Sinne einer Living History ist insbesondere im Hinblick darauf sinnvoll, dass in Augsburg eine große römische Vergangenheit und eine zentrale Einrichtung auch das Römische Museum ist. Universitäten und zahlreiche Akteure hinsichtlich der Pflege des römischen Erbes sind in Augsburg vorhanden. Daher eignet sich die Mansio hervorragend zur lebendigen Darstellung dieses Römerthemas. Es soll auch ein Bewusstsein geschaffen werden innerhalb der Bevölkerung und den Gästen. Letztendlich ist es auch Teil der Wirtschaftsförderung des Landkreises.

Wie soll das Ganze umgesetzt werden? Durch den Bau und durch die intensive Nutzung der Mansio wird die Belegung der Römerstraße - der Via Julia – möglich. Die Mansio besteht aus einem multifunktionalen Haupthaus, das ganzjährig für Veranstaltungen genutzt werden kann, wie etwa Feiern, Feste und Ausstellungen. Darüber hinaus gibt es aber Einrichtungen, die an einer Straßenstation nicht fehlen dürfen, wie Stallungen, Schmiede, Backofen und ein Reisewagen. Da die römischen Straßen natürlich auch sehr wichtig für das Militär waren, werden auch Waffen präsentiert. Wichtig ist das Angebot für Familien, und es wird daher auch einen Spiel- und Erlebnisbereich für Jung und Alt geben.

Wer sind die Zielgruppen? Die Zielgruppen sind die Radfahrer, die an einem bereits ausgeschilderten Radweg, der Via Julia, das Römerthema erleben können, Schulklassen, die anschaulich den Unterrichtsstoff der Mansio erörtern und erleben, Firmen und Vereine, die das Hauptgebäude für Veranstaltungen nutzen können, Familien, die aufgrund des Legoland Deutschland kommen und im Landkreis Augsburg ein weiteres attraktives Angebot – auch in Verbindung mit den Rothsee – vorfinden, sowie Touristen und Einheimische, die sich mit der römischen Geschichte in einer spannenden Form auseinandersetzen wollen.

Wer sind die Partner? Die wissenschaftliche Betreuung wird von Herrn Dr. Mayer an der Universität Augsburg und der Firma ARTinvent übernommen. ARTinvent ist ein Netzwerk für Kulturkommunikation und eine wissenschaftliche Beratung und übernimmt die Planung und Umsetzung des didaktischen und visuellen Konzeptes für das Freiluftareal und die Sonderausstellungen. Die bauliche Konzeption wird an späteren Beispielen der Mansio der Römergruppe Populares obliegen. Die historische Römergruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht,

Geschichte, Kultur und Lebensweise für ein breites Publikum begreifbar zu machen. An Wochenenden übernimmt der Verein die Betreuung. Ferner hat sich der Verein bereit erklärt, sich auch bei bestimmten Ausbaumaßnahmen ehrenamtlich zu engagieren. Die Kooperation mit einer solchen Gruppe bietet verschiedene Vorteile:

1. Kompetente Ansprechpartner,
2. Unterstützung bei der Pflege der Straßenstation,
3. Durchführung von Römermahlen bzw. Realisierung und Planung von Römerfesten.

Zudem ist auch eine Kooperation mit dem Römischen Museum in Augsburg geplant. Die Regio Augsburg Tourismus GmbH ist für die Koordination und das Marketing zuständig. Die Regio übernimmt das lokale und überregionale Marketing sowie die Gruppenorganisation und die Betreuung von Führungen und Buchungen. Der Naturpark Augsburg-Westliche Wälder betreut die Straße Via Julia und ReAL West ist Ansprechpartner und Initiator hinsichtlich der EU-Förderung. Der Markt Zusmarshausen ist dann der eigentliche Projektträger. Der Landkreis Augsburg sollte ein wichtiger Förderer und Partner des Projektes sein, ebenso wie der Erholungsgebieteverein Augsburg, kurz EVA.

Die Öffnungszeiten sind geplant zwischen 9:00 Uhr und 18:00 Uhr. Dabei bleibt das Haupthaus geschlossen. Das multifunktionelle Haus ist geöffnet am Donnerstag und Freitag von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr und an Feiertagen von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Wie bereits ausgeführt, ist Marketing und Gruppenorganisation durch die Regio geplant. Die Kosten sind allen bekannt. Letztendlich geht es um die Kosten der Baumaßnahmen, die insgesamt inklusive Gebäude, Umzäunung und Infrastruktur ca. 369.000 € brutto betragen. Eine Finanzierung ist vorgesehen durch ReAL West (etwa 50 % der Investitionen, 150.000 €), den Landkreis (beantragt sind 66.000 €), dem EVA (46.000 €), dem Naturpark Augsburg-Westliche Wälder (10.000 €) und dem Markt Zusmarshausen (ca. 100.000 €).

Die Ausgaben für den wissenschaftlichen Betrieb sind in Höhe von 131.000 € kalkuliert. Folgende Finanzierung ist vorgesehen: ReAL West (55.000 €), Landkreis Augsburg (23.000 €), EVA (16.000 €) und Markt Zusmarshausen (37.000 €).

Es besteht die Möglichkeit einer hohen Förderung durch ReAL West als so genanntes Leuchtturmprojekt. Die Förderperiode läuft 2013 ab. Bis dahin müssen alle Projekte, die gefördert werden, zumindest begonnen werden. ReAL West hat eine Förderung von 150.000 € für die Investitionen plus 55.000 € für den wissenschaftlichen Bereich zugesagt, da das Projekt einem regionalen Entwicklungskonzept entspricht und daher förderfähig ist. Die endgültige Fixierung nach oben ist noch nicht ausdiskutiert. Dies heißt, für eine Förderung nach oben ist noch Luft.

Die Betriebskosten werden im Jahr 12.500 € betragen, die Nebenkosten ca. 10.000 €. Die Einnahmen sollen durch Führungen, Event-Veranstaltungen etc. erfolgen. Überschüsse sollen als Rücklagen angelegt werden, mögliche Deckungslücken werden aber vom Markt Zusmarshausen übernommen. Damit sind auch die Folgekosten für den Markt als Projektträger überschaubar.

Zudem soll eine enge Kooperation mit den örtlichen Vereinen stattfinden. Der Vorsitzende des Verkehrsvereins, Peter Demharter, hält das Projekt für die Urlauber in der ganzen Region für sehr wichtig. Die örtlichen Gastronomen sind von dem Konzept überzeugt und haben signalisiert, eine Art Tax als Aufschlag auf den Übernachtungspreis an den Markt abzuführen. Dieser Beitrag könnte dem Unterhalt der Straßenstation zur Verfügung stehen. Gegenwärtig sind 30.000 Übernachtungen im Jahr registriert.

Am 28.02.2012 fand ein weiteres Kolloquium zur Präsentation und Rekonstruktion der archäologischen Denkmäler statt. Beim Thema Mansio wurde umfassend diskutiert. Viele Städte und Gemeinden wollen auch mit der Vergangenheit bei Touristen punkten. Auch die römische Vergangenheit soll im Bewusstsein der Bürger verankert werden. Die in der vergangenen Woche im Fernsehen gezeigte Verfilmung eines Bestsellerromans sahen über 8

Millionen Zuschauer, obwohl diese fiktive Geschichte als historisch absurd gilt. Ein grundsätzliches Interesse aber an der Vergangenheit scheint bei vielen Menschen vorhanden zu sein. Die Begrifflichkeit ist wichtig. Chancen für eine zweigleisige Präsentation mit historischen und modernen Elementen sind gegeben. Für die Besucher steht das Anfassbare, wie z. B. der Reisewagen, im Vordergrund. Dies spiegelt die geplante Living History wieder. Aus der Diskussion war zu entnehmen, dass eine kontinuierliche zukünftige fachliche Leistung empfehlenswert ist, wie z. B. auch beim Klostermühlenmuseum. Diesbezüglich wurden auch bereits Gespräche vor Ort in Zusmarshausen geführt. Es kann festgehalten werden, dass mit der Realisierung der römischen Straßenstation ein wichtiger Impulsgeber im Landkreis Augsburg geschaffen werden kann, der kulturell-wissenschaftliche, touristische aber auch wirtschaftliche Akzente weit über die Region hinaus setzen kann. Daher wird beantragt, dass im Kreishaushalt in Form der Ko-Finanzierung 23.000 € im Verwaltungshaushalt und 66.000 im Vermögenshaushalt berücksichtigt werden."

Kreisrat Aumann kommt zurück auf die eingangs gemachten Aussagen und stellt fest, dass die Fraktionsvorsitzendengespräche nicht alles abdecken können. Als Kreisrat und in diesem Fall auch als Vorsitzender von ReAL West nehme er sich heute das Recht heraus, noch ein paar Gedanken zu diesem Thema einzubringen. Kreisrat Aumann merkt an, das Thema werde ihm von großen Teilen der Bevölkerung zugeschrieben, obwohl er nichts anderes getan habe, als sich in den letzten acht Jahren mit dem Thema Römerstraße Via Julia von Augsburg nach Günzburg im Namen des Marktes Zusmarshausen zu beschäftigen und die entsprechenden Veranstaltungen zu besuchen. Kreisrat Aumann betont, er hätte es nie für möglich gehalten, dass sich wegen einer Römerstraße mit dem Namen Via Julia eine so langwierige und endlose Diskussion entfachen würde.

Seit dem Jahr 2004 hätten sich Vertreter der anliegenden Gemeinden getroffen und darüber beraten, wie man diese Strecke in Wert setzen könnte. Von Anfang an habe der touristische und nicht der historische Aspekt im Vordergrund gestanden. Man wisse beispielsweise auch nicht, ob im Kloster Oberschönenfeld alles so gewesen sei, wie es heute dargestellt werde. Man habe an der Strecke Römerfunde entdeckt. Dies sei nicht neu. Reisegewohnheiten der damaligen Zeit lägen ebenfalls vor. 2006 sei dann die große Segnung gekommen. Diese habe in Glöttweg bei Landensberg unter Beteiligung der Landräte und des Regierungspräsidenten stattgefunden. Dabei hätten sich alle positiv darüber geäußert, dass dies für den ländlichen Raum eine großartige Sache sei.

Im Gegensatz zu Augsburg und Günzburg tue sich der ländliche Raum mit diesem Thema schwerer. Die Beweise lägen im Museum in Zusmarshausen. Auch mit dem Museum sei eine Kooperation angedacht, falls die Mansio entstehen sollte. Im Jahr 2007 habe ein Römerfest „Wir feiern an der Via Julia“ stattgefunden. Man hatte damals eine Römergruppe vor Ort, die von Herrn Dr. Mayer betreut wurde. Es habe sich damals um ein großartiges Fest mit großem Erfolg gehandelt, und zwar auch für die teilnehmenden örtlichen Vereine. Kreisrat Aumann erklärt, er wolle nicht verhehlen, dass große Teile, die damals hellauf begeistert waren und die Kassenlage entsprechend gelobt hätten, heute in der politischen Verantwortung stehen und sich bis dato ablehnend verhalten.

Das Thema sei erst richtig aufgrund der Tatsache auf die Tagesordnung gekommen, dass man seit 2008 über die LEADER-Förderung auch Zuschüsse erhalten könne. Seit 2010 wurde mit der Regio und der Universität abgeklärt, welche Themen im ReAL West-Gebiet in Zukunft in den Vordergrund gerückt werden könnten. Als Beispiele nennt Kreisrat Aumann die Themen Mozart und Fugger sowie die Römerthematik, die von Augsburg als Provinzhauptstadt ausgehend auch den westlichen Teil des Landkreises tangieren könnte. Hier habe man zwei potente Partner an der Hand, die die Thematik von Anfang an begleitet und ein Konzept erarbeitet hätten. Als man in vielen Gesprächen vor Ort – auch unter Beteiligung von Vertretern des Landratsamtes – diskutiert habe, wie man so etwas voranbringen könnte, sei klar gewesen, dass sich der Rothsee wie kein anderer Standort im Westen für solche Entwicklungen eigne, wobei auf diesem Areal auch noch weitere Projekte entstehen könnten. Der

momentan stattfindende Ausbau der A 8 biete Möglichkeiten größten Ausmaßes, dass Besucher nicht nur für eine, sondern vielleicht für mehrere Nächte im Raum bleiben. Dies sei auch der Hintergrund für die Stellungnahme des Verkehrsvereinsvorsitzenden, der z. B. schon damit angefangen habe, Zimmer zu Familienzimmern umzubauen.

Kreisrat Aumann fasst zusammen, dass intensiv mit den entsprechenden Stellen diskutiert und diese Idee dann offiziell im Juli 2011 dem Landrat vorgetragen wurde. Er freue sich heute noch über die damalige Reaktion des Landrats. Dieser sei hellauf begeistert von der Idee gewesen und habe ihm gegenüber sofort anerkannt, dass es sich hierbei auch um eine regionale Angelegenheit handelt, so Kreisrat Aumann, und nicht nur um die Angelegenheit des Marktes Zusmarshausen. Kreisrat Aumann erklärt, er wisse, dass viele Dinge auf einen Landrat herein prasseln. Dies seien besonders viele, wenn man die letzten drei Jahre vielleicht auch viel zugesagt habe. Dies sei nicht neu. Solche Situationen habe es auch bei früheren Landräten gegeben. Betrachte man rein die Zahlen, um die es dabei gehe, dann seien es eigentlich Peanuts, die hier eventuell auf den Landkreis zukämen. Zudem handle es sich um eine einmalige Bezuschussung und nicht um einen laufenden Betriebskostenzuschuss. In anderen Landkreisen erfolge eine landkreisweite Förderung und Umsetzung. Der Erfolg sei da. Während der Landkreis Augsburg bei der touristischen Entwicklung eher abnehme, würden die Zahlen im Landkreis Aichach-Friedberg und in der Stadt Augsburg drastisch zunehmen. Kreisrat Aumann meint, dies sei ein Alarmzeichen, das es zu berücksichtigen gelte. Als zuständige und verantwortliche Kreisräte sollte man über den Tellerrand schauen. Eventuell wäre alles anders gelaufen, wenn man die Römerfunde nach Oberschönenfeld verlegt hätte.

Anschließend richtet Kreisrat Aumann die Bitte an den Landrat und die anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, die Sache aus der Sichtweise des Tourismus, nicht eines Historikers, zu betrachten. Die Idee sei nicht aufgesetzt oder übertrieben. Vielmehr handle es sich um den Versuch, in einer nach wie vor verhältnismäßig schwachen Region – touristisch und wirtschaftlich gesehen – etwas zu schaffen, was es bisher nicht gegeben habe. Ginge es nach bestimmten Ansichten, dann dürfte man auch kein Diorama in Königsbrunn machen, weil die Schlacht angeblich gar nicht auf dem Lechfeld stattgefunden habe. Es sei nun einmal schwer, konkrete Dinge nachzuvollziehen. Je länger die Zeit zurückliege, desto schwieriger seien die konkreten Festlegungen. Das Thema Mansio sollte daher nicht als eine Spinnei von ein paar wenigen, sondern als Baustein einer Entwicklung im ländlichen Raum im westlichen Landkreis Augsburg gesehen werden. Es gehe darum, neue Ideen zu verwirklichen. Kreisrat Aumann weist nochmals darauf hin, dass 2013 wohl die letzte Möglichkeit besteht, hierfür EU-Fördergelder zu bekommen.

Landrat Sailer dankt Kreisrat Aumann für seinen engagierten Einsatz. Es gebe Gründe, die für die Mansio sprechen. Jeder für sich könne auch Gründe finden, die dagegen sprechen. So nüchtern sollte am Ende auch die Abstimmung über diesen Punkt erfolgen. Die Zukunft von Zusmarshausen hänge nicht von der Mansio ab. Landrat Sailer ruft in Erinnerung, dass der Landkreis vor Ort sehr viel tue. Als Beispiele führt er die gemeinsame Mittagsbetreuung und die Erweiterung der Realschule in Höhe von 2,6 Mio. € sowie die Schwimmbadsanierung mit Kosten in Höhe von 1 Mio. € an. Die Rothsee-Sanierung laufe ebenfalls auf vollen Touren. Hierzu leiste der Erholungsgebieteverein einen großen Beitrag.

Kreisrätin Daßler teilt mit, es gebe Pro und Contra für dieses Projekt, weshalb Ihre Fraktion dazu auch unterschiedlich abstimmen werde. Es sei das Anliegen ihrer Fraktion, sich für die Zukunft zu überlegen, inwiefern Förder- und Zuschussrichtlinien erarbeitet werden könnten, um klarer herauszustellen, welche Maßnahmen in Zukunft wie gefördert werden. Dies wäre im Hinblick auf Transparenz und eine Leitbildentwicklung für den Landkreis ein wichtiges Thema, an dem man arbeiten sollte.

Ferner wirft Kreisrätin Daßler die Frage auf, wie man mit Zuschussanträgen umgehen soll, die an dem Tag der Haushaltsverabschiedung eingebracht werden. Bisher sei sie davon

ausgegangen, dass es feste Regularien gebe, bis wann von wem Zuschussanträge gestellt werden müssen, damit diese noch in die Haushaltsberatungen einfließen. Wenn dem nicht so sei, dann sollte man auch dies für die Zukunft regeln.

Landrat Sailer verweist darauf, dass der Antrag der Freien Wähler in Kreisausschuss vorberaten wurde. Die Frist für eingehende Anträge sei der 1. September eines jeweiligen Jahres. **Herr Püschel** informiert darüber, dass der Antrag bezüglich der Mansio rechtzeitig beim Landkreis eingegangen ist und wie alle anderen Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt wurde.

Anschließend äußert sich **Kreisrat Neher**, der die Kollegen Lettinger und Aumann in ihrem Anliegen unterstützen, jedoch inhaltlich nicht mehr auf die Mansio eingehen, sondern ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen möchte. Man habe einen Europa-Abgeordneten hier. Wenn es um Europa gehe, wolle niemand ein zentralistisches Europa von Brüssel aus haben. Vielmehr würden alle von einem Europa der Region und der Vielfalt reden. Kreisrat Neher betont, dasselbe erwarte er auch auf den Landkreis bezogen. Man wolle keinen zentralistischen Landkreis, sondern einen Landkreis der Vielfalt, mit städtischen Regionen, dem Lech-Wertach-Gebiet, den Stauden, dem Holzwinkel bis hin zum altbayerischen Thierhaupten. Die Entscheidung des Kreisausschusses hatte für ihn persönlich jedoch gewisse zentralistische Tendenzen, so Kreisrat Neher. Hier entscheide sozusagen ein Zentralkomitee darüber, was Kultur und was Unkultur sei. Die Frage sei, wo dabei die Liberalität bleibe.

Jeder wisse, dass Projekte wie die Mansio nur in einer Mischfinanzierung gehen können. Hierfür seien Gelder vor Ort sowie Zuschüsse von außen (EU-Förderung) notwendig. Es würde dem Landkreis gut anstehen, das Projekt positiv zu begleiten und sich nicht einfach auszuklinken. Mit einer Aufteilung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt hätte er persönlich Probleme, so Kreisrat Neher. Er hätte eher gedacht, dass der Landkreis das Projekt mit einem einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 10 % oder maximal 50.000 € fördere, um ein Signal zu geben, dass der Landkreis regionale Projekte vor Ort stärke. Der Landkreis verfüge über eine gute finanzielle und wirtschaftliche Grundlage. Vergangenes Jahr sei man im Landkreis Rhön-Grabfeld gewesen, der wirtschaftlich wesentlich schlechter gestellt sei. Dennoch mache dieser Landkreis eine beachtliche Regionalentwicklung. Der Landkreis Augsburg sollte sich nicht nur auf seine Pflichtaufgaben zurückziehen, sondern auch solche Projekte fördern.

Landrat Sailer bittet bei allem Verständnis für die Leidenschaft für dieses Projekt darum, nicht zu vergessen, dass an vielen anderen Stellen, und zwar landkreisweit, Kultur und Kunst gefördert werden. Man müsse sich nur einmal die freiwilligen Leistungen von weit über 2 Mio. € ansehen, die man dieses Jahr miteinander verabschiede und auf den Weg bringe. Der Landkreis tue flächendeckend wirklich sehr viel. Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang auch das Klostermühlenmuseum in Thierhaupten.

Landrat Sailer kommt auf die Anregung von Kreisrätin Daßler zurück, sich einmal grundsätzlich darüber zu unterhalten, wie man mit künftigen Förderanträgen umgehen möchte. Dies würde Sicherheit für beide Seiten geben. Landrat Sailer betont außerdem, es werde nichts zentral entschieden. Man sei wirklich sehr breit aufgestellt und achte darauf, dass die Regionen entsprechend gefördert werden.

Von Kreisrat Neher wird angemerkt, es sei unstrittig, dass man Förderungen erfahren habe. Hierauf sei er auch stolz. Das Kloster Thierhaupten wäre nie saniert worden, wenn es hierfür nur Mittel des Freistaates Bayern und des Marktes Thierhaupten gegeben hätte. Vielmehr habe man eine starke Unterstützung vom Bezirk Schwaben und vom Landkreis Augsburg in Form von freiwilligen Leistungen bekommen. Die freiwilligen Leistungen in Höhe von 2 Mio. € würden in diesem Haushalt rd. 1 % ausmachen. Man rede hier über ca. 50.000 € für ein Projekt in der Region. Kreisrat Neher erklärt, er wolle sich nicht in regionale Entwicklungen ein-

mischen. Die Frage sei dennoch, warum eine solche regionale Entwicklung nicht positiv vom Landkreis begleitet werden sollte.

Daraufhin lässt **Landrat Sailer** über den Antrag der FW-Fraktion abstimmen, in den Kreishaushalt die Ko-Finanzierung durch den Landkreis Augsburg (Ausgaben in Höhe von 23.000 € in den Verwaltungshaushalt und 66.000 € in den Vermögenshaushalt) aufzunehmen.

19 Kreistagsmitglieder sprechen sich für den Antrag und 41 Kreistagsmitglieder dagegen aus. Der Antrag ist damit abgelehnt.

**TOP 5 Kreishaushalt 2012;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 12/0032**

Anlage: 1 Haushaltssatzung

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 13.02.2012 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 49,75 % zu berücksichtigen.

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2012 sind daher folgende Haushaltsansätze zu berücksichtigen

eine Kreisumlage in Höhe von		89.956.200 € (Hebesatz: 49,75 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von		1.544.400 €
davon		
• allgemeine Rücklage	-	
• Sonderrücklage Betriebs- verluste Klinikum	1.519.400 €	
• Stiftungsrücklage	25.000 €	
eine Kreditaufnahme in Höhe von		20.632.500 €
davon		
• für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	12.753.800 €	
• für Umschuldungen	7.878.700 €	
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		70.407.300 €

Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten
liegenden Grundbesitz

- Grundsteuer A 300 v. H.
- Grundsteuer B 300 v. H.
- Gewerbesteuer 320 v. H.

Höchstbetrag der Kassenkredite 3.000.000 €

Landrat Sailer hält zum Kreishaushalt 2012 folgende Rede:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute verabschieden wir den Haushalt 2012, den wir in den vergangenen Wochen gemeinsam sehr intensiv diskutiert, hinterfragt und sachlich abgewogen haben. Was unter dem Strich auf jeden Fall für uns gemeinsam bleiben soll: Ein Landkreis, der Lebensqualität und Sicherheit bietet, ein Landkreis, wo Menschen Arbeit finden und Perspektiven haben, ein Landkreis, in dem sich Junge und Ältere wohl fühlen, sprich ein Landkreis, der Geborgenheit bietet. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren Vieles getan und möchten das auch in Zukunft fortsetzen.

Was gehört zur Lebensqualität in einem Landkreis? Dazu gehört der Ausbau der Krippenplätze genauso wie die Investitionen in unsere Schulen oder die Weiterentwicklung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes. Lebensqualität umfasst alle Generationen und die unterschiedlichsten Bedürfnisse.

Wenn man rein die Zahlen betrachtet, investieren wir vor allem in die Bildung. Wir halten unsere bestehenden Schulen in Schuss und investieren in neue, wie beispielsweise das Gymnasium in Diedorf. Wir wollen ein Bildungslandkreis sein, also müssen wir dafür auch entsprechend investieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für rund 24,2 Mio. € hat sich der Kreistag entschlossen, das Berufliche Schulzentrum in Neusäß neu zu errichten. Spatenstich soll im Frühjahr 2013 sein. Rund 900.000 € lautet der Ansatz für dieses Bauvorhaben im Jahr 2012. Und in Diedorf haben wir uns ebenfalls für einen Neubau des Gymnasiums entschieden: Geschätzte Baukosten von rund 31,7 Mio. €, die Planungen gegenüber des Bahnhofes haben begonnen. Baubeginn soll auch hier im Herbst 2013 sein. Für das Jahr 2012 haben wir rund 1,8 Mio. € an Ausgaben dafür vorgesehen.

Doch wir stecken das Geld nicht nur in den Bau und die Sanierung unserer Schulgebäude, sondern sorgen auch dafür, dass die Schulen technisch auf dem neuesten Stand sind. Rund 1 Mio. € geben wir allein für EDV, die Neubeschaffung von Whiteboards oder Beamern aus.

Insgesamt beläuft sich unser Investitionsvolumen auf 22,2 Mio. €. 15,7 Mio. € davon sind reine Investitionen in den Hochbau, in den Tiefbau stecken wir nochmals 3,1 Mio. €. Doch Bildung ist weit mehr, als nur der Bau und die Sanierung von Schulen. Sich zu bilden, das hört auch mit der Schule nicht auf, sondern begleitet uns ein Leben lang. Deshalb gehört zu unserer Bildung auch unsere Kultur mit den dazugehörigen Einrichtungen, wie beispielsweise das Kloster Oberschönenfeld, das der Landkreis in einem Stufenplan finanziell unterstützt. In diesem Jahr sind es 235.000 €, ab 2013 jährlich 300.000 € für den laufenden Betrieb. Außerdem leisten wir in diesem Jahr noch einen Investitionskostenzuschuss von 182.000 €. Aber, meine Damen und Herren, wir bezuschussen auch andere Einrichtungen, wie beispielsweise das Theater EUKITEA. Wir finanzieren unsere Klostermühle in Thierhaupten und veranstalten im Mai dieses Jahres die Kulturwochen des Landkreises.

Bildung muss für jeden zugänglich sein. Doch wir wissen, dass es in unserem Landkreis auch viele Menschen gibt, die sich gerade Bildung nicht oder nur sehr schwer leisten kön-

nen. Diese Menschen werden von uns finanziell unterstützt. Auch in diesem Jahr betrifft einen großen Teil unserer Ausgaben die Sozial- und Jugendhilfe. Bedürftige Menschen finanziell zu unterstützen, ist eine große Aufgabe. Die Sozialhilfe beläuft sich auf 4,5 Mio. € für 2012. Die Höhe der Kosten ist im Wesentlichen auf die Krankenhilfe, die Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung zurückzuführen. Bei der Jugendhilfe steigen die Kosten deshalb, weil zwar die Fallzahlen für Heimunterbringungen relativ konstant gehalten werden können, aber ein Anstieg der "Intensiv"-Fälle zu verzeichnen ist. Daneben steigen die Aufwendungen für die Vollzeitpflege deutlich. Ebenso brauchen immer mehr Familien Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. Auch im Bereich der Kindertagesbetreuung verharren die Kosten auf hohem Niveau. Die Zahl der Krippenplätze steigt, damit auch die Zahl derer, die die Kosten dafür nicht selbst übernehmen können.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Wochen wurde viel über unsere Personalkosten diskutiert. Lassen Sie mich dazu nur so viel sagen: Im Vergleich mit anderen Landkreisen liegen wir mit unserem Personalkosten immer noch weit unter dem bayern- und auch schwabenweiten Durchschnitt. Im Vergleich mit anderen Landkreisen in Bayern heißt das, dass die Beispielzahlen aus dem Jahr 2010 wie folgt aussehen: Im Landkreis Fürstentfeldbruck entfielen auf einen Einwohner 109 € an Personalkosten, in Rosenheim rund 123 €, im Landkreis Augsburg waren es 95 €. 2011 lagen wir bei 100 €, 2012 werden die Kosten im Landkreis Augsburg etwa bei 106 € liegen. Der Durchschnitt der Personalkosten in Bayern lag 2010 bei 314 € pro Einwohner. Dies sind Zahlen, die sich aus meiner Sicht nach wie vor sehen lassen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei 3,1 % lag die Arbeitslosenquote im Februar dieses Jahres, im letzten Jahr bei etwa 3,8 %. Damit haben wir fast Vollbeschäftigung erreicht. Eine positive Entwicklung, die wir auch der größten Gewerbeansiedlung, die wir jemals im Landkreis hatten, zu verdanken haben, der Firma Amazon. Das Unternehmen beschäftigt derzeit rund 1.500 Frauen und Männer und gibt dem Lechfeld neuen Aufschwung. Das sind weit mehr Beschäftigte, als ursprünglich zu diesem Zeitpunkt geplant. Dass es zu dieser Gewerbeansiedlung kam, dazu haben unsere Wirtschaftsförderer maßgeblich beigetragen und wir als Genehmigungsbehörde haben sehr gute Arbeit geleistet. Das Verfahren verlief reibungslos und ohne Zwischenfälle. Ab Januar dieses Jahres sind daraufhin rund 250 Bedarfsgemeinschaften weniger vom Jobcenter Augsburger Land zu unterstützen. Die Prognose für das nächste Jahr lautet: 1,1 Mio. € Ersparnis für den Landkreis.

Das sind erfreuliche Zahlen und Entwicklungen. Dazu gehört auch, dass Borscheid + Wenig, neben dem bestehenden Produktionsstandort in Diedorf, einen weiteren in Kutzenhausen plant. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen fallen. Auch dieses Projekt wurde in enger Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises umgesetzt. Als Alternative kam für die Firma übrigens nur ein Standort im Landkreis Günzburg in Frage. Das sind zwei positive Beispiele, die ein Stück weit auch unseren Landkreis charakterisieren.

Und dennoch, unsere Haushaltsslage ist nicht einfach. Der Bezirk erhöht die Umlage in diesem Jahr um 1,5 Punkte auf 23,9 Prozentpunkte. Wir wollen diese Erhöhung teilweise an die Gemeinden weitergeben. Wir erhöhen die Kreisumlage um 0,75 Punkte auf dann 49,75 Prozentpunkte. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und dennoch unseren Aufgaben nachkommen zu können, gehen wir andere Wege. Auf der einen Seite schließen wir die Lücke über die Bundeserstattung zur Grundsicherung im Alter, die sich in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen wird. In diesem Jahr liegt sie mit 850.000 € über dem Vorjahr, in drei Jahren wird sie bei 3,5 Mio. € liegen. Auf der Ausgabenseite fällt ferner die bisherige Verlustabdeckung des Klinikums von zuletzt 1 Mio. € weg.

Wir wälzen also die Bezirksumlage nicht komplett auf die Gemeinden ab, sondern verzichten auf Geld, das wir auch gut gebrauchen könnten. Denn es wäre förderlich, wenn wir unsere Investitionen auch aus eigener Tasche und nicht nur über Kredite finanzieren könnten. Denn die Kredite schränken uns auch in den kommenden Jahren stetig ein.

Heute, meine Damen und Herren, hat der Landkreis Augsburg Schulden in Höhe von rund 36,2 Mio. €. Das ist eine Zahl, die wir sehr ernst nehmen müssen. Auch im vorigen Jahr mahnte uns die Regierung von Schwaben, nicht immer neue Kredite aufzunehmen. Und dennoch: Wir erwirtschaften wieder keinen angemessenen Eigenanteil.

Wir sind verpflichtet, den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen, sondern unseren Haushalt auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Nur so ist gewährleistet, spätere Handlungsspielräume zu ermöglichen. Das wird auch weiterhin mein und ich denke unser aller Ziel bleiben müssen.

Unsere unmittelbare Verschuldung wird in diesem Jahr, wenn wir die Kreditermächtigung komplett ausschöpfen, auf rund 46,8 Mio. € steigen. Deshalb möchte ich bis zum Sommer über das Thema Höchstverschuldung mit Ihnen gemeinsam diskutieren und die Frage, ob wir uns eine Schuldenbremse auferlegen. In diesem Zusammenhang müssen wir alle Dinge noch einmal kritisch auf den Prüfstand stellen, ob dies die freiwilligen Leistungen sind, ob dies das Deckeln der Personalkosten oder ein Einstellungsstopp sein können, ob das Wiederbesetzungssperren sind oder ob wir Projekte im Bereich des Tiefbaus, wie den Ausbau des Radwegenetzes, kritisch überprüfen und manche Maßnahmen einfach zeitlich etwas strecken müssen. Dies werden wir gemeinsam bis zum Sommer mit allen Fraktionen beraten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich mich herzlich bedanken. Denn auch die diesjährigen Haushaltsberatungen waren wieder von konstruktiven und vertrauensvollen Gesprächen geprägt, ein Zeichen für eine gelungene Zusammenarbeit über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Dafür möchte ich mich bei Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, bedanken. Ihre konstruktiven Vorschläge wurden in den jeweiligen Beratungen in den Fachausschüssen in den vorliegenden Haushalt eingearbeitet. Ebenso danke ich sehr herzlich den Kolleginnen und Kollegen aus der Kreisfinanzverwaltung, an der Spitze Herrn Seitz, für die gute Begleitung während unserer Haushaltsberatungen und für die Erstellung und Ausarbeitung des diesjährigen Haushaltsplanes. Ich bitte Sie, die Fraktionen, um ihre Einschätzungen zum Haushalt 2012 und darf zunächst dem Kollegen Liebert das Wort erteilen.“

Kreisrat Liebert bedankt sich zunächst bei Landrat Sailer für die sachgerechte und sehr prägnante Darstellung der Eckwerte des Kreishaushaltes 2012. Mit einem Volumen von fast 200 Mio. € bewiese der Kreistag heute eines: Dass er die Zeichen der Zeit erkannt habe. Die Zeichen der Zeit lägen eindeutig auf zwei Sektoren in diesem Haushalt. Dies seien zum einen der Sektor der Bildung und zum anderen der Sektor des Sozialen.

Vielleicht sollte man sich zu Beginn der Haushaltsberatungen ganz kurz fragen, in welche Zeit die heutige Haushaltsverabschiedung falle. Die Wirtschaft sei im Jahr 2009 auf steile Talfahrt gegangen, von der sie sich im darauf folgenden Jahr 2010 nur schwerlich erholte habe. Die Frage sei, was dieses nur spärliche Erholen für den Kreishaushalt bedeute und ob dies überhaupt etwas damit zu tun habe. Natürlich habe dies etwas damit zu tun, weil nach dem Grundsatz des zweijährigen Versatzes der Umlagegrundlagen das Basisjahr für den Haushalt 2012 genau das Jahr 2010 sei. Die Umlagekraft im Landkreis sei um ganze 0,3 % gestiegen. Der Landkreis bekomme somit bei gleichem Hebesatz ganze 259.000 € mehr in die Kreiskasse gespült. Es sei selbstredend, dass diese 259.000 € nicht ausreichen können, um neben dem Sozialen die Aufgabenflut, die Neuerungen und Bildungsausgaben, zu schultern.

Noch zwei weitere massive Punkte würden von außen auf den Kreishaushalt einwirken, die der Landkreis nicht beeinflussen konnte und nicht beeinflussen könne. Dies seien zum einen die Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern, bei denen leider im Vergleich zum letzten Jahr der warme Geldregen ausgeblieben sei. Dies sei auch der Grund für die CSU-Kreistagsfraktion gewesen, von einem ursprünglich im Dezember letzten Jahres gestellten Antrag Abstand zu nehmen, nämlich von dem Antrag, die Einsparungen beim Klinikum von

1 Mio. € und die Mehreinnahmen aus der Kostenerstattung zur Grundsicherung im Alter des Bundes von 850.000 € für die Schuldenreduzierung zu verwenden. Dies hätte nämlich eine noch höhere Steigerung der Kreisumlage zur Folge gehabt.

Der zweite auf den Landkreis einwirkende Punkt sei die notwendige Bezirksumlagenerhöhung um 1,5 Prozentpunkte. Kreisrat Liebert möchte an dieser Stelle noch auf die Finanzbeziehungen zwischen Bezirk Schwaben und Landkreis Augsburg im Lichte dessen eingehen, weil der Bezirk diese Erhöhung vornehmen musste. Die Zahlen sprächen eigentlich eine eindeutige Sprache. Man könne festhalten, dass die Finanzströme vom Bezirk für Bürger des Landkreises Augsburg weitaus höher seien als die Bezirksumlage, die der Landkreis Augsburg zu schultern habe. Im Jahr 2010 zahlte der Landkreis Augsburg 36,7 Mio. € Bezirksumlage und erhielt für Bürger des Landkreises Augsburg vom Bezirk 46,9 Mio. € allein an Sozialhilfekosten.

Kreisrat Liebert spricht die Frage an, was man eigentlich beim Kreishaushalt vorfindet. Man finde etwas vor, das man schon fast als magisches Viereck beschreiben könnte. Dies seien stagnierende Einnahmen und mächtige Bildungsinvestitionen. Außerdem wolle man die Verschuldung nicht ins Uferlose treiben lassen und die Kreisumlage zu Gunsten der Städte, Märkte und Gemeinden im Zaum halten. Deswegen könne man den Kreishaushalt 2012 auch als "Haushalt der schweren Kost" bezeichnen. Es sei entscheidend darauf angekommen, die klare Strategie der CSU-Kreistagsfraktion, die konsequente Umsetzung der Bildungsoffensive, fortzusetzen. Allein von den 22,2 Mio. € der Investitionen würden 15,7 Mio. € auf Schulen entfallen. Die Schulen in Neusäß und Diedorf seien dabei Schwerpunkte im Finanzplanungszeitraum.

Darüber hinaus habe der Landkreis bereits angefangene Maßnahmen zu schultern und fortzuführen bzw. abzuschließen. Dies sei zum einen die Realschule in Bobingen, bei der man die Erweiterung und Dachsanierung der Turnhalle abschließen wolle. Zum zweiten sei dies die Mehrfachturnhalle am Gymnasium in Königsbrunn, die allein über 6 Mio. € bindet. Zum dritten gehe es um die Realschule Zusmarshausen, wie bereits dargestellt, und nicht zuletzt um die Realschule Meitingen, in die der Landkreis allein über 10 Mio. € investiert und für die er noch 850.000 € zu tragen habe.

In diesem Zusammenhang mahnt Kreisrat Liebert eine goldene Regel der Kommunal Finanzen an, eine Drittelparität zwischen Eigenmitteln, Zuschüssen und Krediten herzustellen. Trotzdem sei es gelungen, einen Haushalt der Solidität abzuliefern, den man heute beschließen werde. Der Haushalt sei solide, weil er nur die Hälfte dessen umlege, was der Bezirk an Mehrkosten erfordere. Die andere Hälfte schlucke der Kreis. Werfe man einen Blick auf die letzte Haushaltsberatung zurück, dann sei dies, was man heute tue, auch fair gegenüber den Umlagezahlern. Im letzten Jahr habe der Landkreis mit einer Kreisumlagenerhöhung von 3 Prozentpunkten mehr von den Umlagezahlern abgenommen, als der Bezirk dem Landkreis abgefordert hatte. Insofern sei dies ein gerechter Ausgleich.

Der Haushalt sei natürlich auch ein Haushalt mit Risiko. Dieses Risiko sehe die CSU-Kreistagsfraktion insbesondere im rasanten Anstieg der Verschuldung. 36,2 Mio. € heuer und 10,5 Mio. € Neuverschuldung ergäben voraussichtlich einen neuen Schuldenstand von 46,7 Mio. € zum Ende des Jahres 2012. Deswegen laute die Kardinalfrage, ob der Landkreis sich diese Schulden leisten könne. Kreisrat Liebert erklärt, ihn treibe es schon etwas die Sorgenfalten ins Gesicht, wenn er sich den Anstieg des Kapitaldienstes ansehe, der in diesem Jahr 2,9 Mio. € betrug und sich am Ende des Finanzplanungszeitraumes fast auf 5,5 Mio. € verdoppelt. Hinzu kämen die Unterhaltskosten neuer Maßnahmen. Bei diesem Szenario habe er zwei Parameter zu Grunde gelegt, so Kreisrat Liebert. Zum einen sei dies eine Durchschnittsverzinsung von 4,5 % und zum anderen eine Tilgung von 2 %.

Wenn der Landkreis nicht gegensteuere, dann sehe die CSU-Kreistagsfraktion mittelfristig die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises beeinträchtigt. Am Ende des Finanzplanungszeitraumes müsse man sich vier Dinge vornehmen. Zum ersten müsse man einen Kassensturz machen, zum zweiten müsse man sich eine Investitions- und Finanzierungs-

pause überlegen, drittens müsse man neue Maßnahmen äußerst genau unter die Lupe nehmen und viertens eine neue Prioritätenliste anstellen, bei der sicherlich Maßnahmen wie die Generalsanierung des Gymnasiums in Gersthofen an erster Stelle stehen werden. Der Landkreis werde nicht umhin kommen, eine Schuldenbremse einzulegen, wie es auch der Bund gemacht habe. Denn der Landkreis könne sich unter keinen europäischen Rettungsschirm flüchten und könne keinen europäischen Billionenhebel ansetzen. Vielmehr müsse sich der Landkreis seine Investitionen genau überlegen und diese auch selbst finanzieren.

Die beiden Maßnahmen Diedorf und Neusäß seien Herkulesaufgaben, denen sich der Landkreis zu stellen habe. In Diedorf habe man sich für den Neubau auf der grünen Wiese beim Bahnhof entschieden. Kreisrat Liebert erklärt, er habe nicht zu denen gehört, die von Anfang an Hurra geschrien hätten, sondern zu denjenigen, die sich erst durch die Kostengegenüberstellung des Büros Obel & Partner aus Donauwörth überzeugen ließen und die Gewissheit darüber gegeben hätten, dass man hier nicht zuletzt aus Kosten- und Funktionsgründen auf der richtigen Seite liege. Das Gleiche gelte übrigens auch für das Abschied nehmen vom PPP-Modell, mit dem man nach Meinung der CSU-Kreistagsfraktion den Mittelstand als möglichen Auftragnehmer gefährdet hätte. Gerade den Mittelstand wolle aber zumindest die CSU-Kreistagsfraktion nicht außen vor lassen, sondern fördern. Das Gleiche gelte auch für das Abschied nehmen vom Projektsteuerer. Hier seien es Kostengründe gewesen. Es sei der CSU-Fraktion einfach unverhältnismäßig erschienen, 1 Mio. € für einen Projektsteuerer auszugeben.

Die Beruflichen Schulen Neusäß seien auf der Reise, die Planung laufe. 24 Mio. € seien im Finanzplanungszeitraum vorgesehen.

Kreisrat Liebert wirft die Frage auf, ob sich diese Mammutaufwendungen lohnen, ob diese gerechtfertigt und vertretbar sind. Ein Blick über die Landkreisgrenzen hinaus beweise, dass die Schüler des Landkreises zwar besser geworden seien. Dies sei erfreulich. Am unteren Ende des Bildungssystems erlebe man aber weiterhin eine Katastrophe. Denn das Bildungssystem produziere immer noch zu viele Verlierer. Zahlreiche Schüler würden die Schulen ohne Abschluss verlassen. Viele würden keinen Berufsabschluss erreichen. Jeder fünfte Jugendliche in Deutschland könne kaum rechnen, schreiben oder lesen. Deswegen stelle sich die Frage, was eigentlich falsch laufe in diesem Bildungssystem. Deutschland repariere zu viel und investiere zu wenig. Die Ausgabenpolitik sei etwas rückwärts gerichtet. Man habe nachgelesen, dass mehr als die Hälfte der Finanzen von Bund, Ländern und Kommunen in den Sozialtats stecken. Man solle über diese Leistungen wissen, was beim Bezirk an "Reparaturleistungen" für ausgelassene Bildungschancen geleistet werden müsse. Der Bezirk gleiche durch Transferleistungen aus, was unzureichende Ausbildung und mangelnde Bildungschancen an Schaden und Ungerechtigkeit verursacht hätten. Deswegen gebe es ein ganz klares Ja auf die Frage, ob sich diese Aufgaben lohnen.

Anschließend wirft Kreisrat Liebert einen Blick in die Landschaft der Krankenversorgung. Mit dem Klinikum und den Wertachkliniken sei der Landkreis so aufgestellt wie kein zweiter Landkreis in Bayern. Anlässlich der 30-Jahr-Feier habe er aus den Worten von Max Strehle, der schon Jahrzehnte dem Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens angehöre, interessante Zahlen erfahren. In den 30 Jahren des Bestehens des Klinikums seien Verluste von 298 Mio. € aufgelaufen. Dies sei kommunales Geld, davon seien 100 Mio. € aus den Kassen des Landkreises Augsburg. Die Zahl sei unglaublich, gehöre aber Gott sei Dank der Vergangenheit an. 2012 müsse der Landkreis keinen einzigen Euro als Verlustausgleich im Vergleich zum letzten Jahr in den Haushalt einstellen. Dies sei eigentlich die Botschaft des Jahres des Klinikums. Etwas unglücklich sei das Hin und Her der früheren und jetzigen Krankenhausleitung, so Kreisrat Liebert. Er halte es hier mit einem Menschen, den die einen noch als Politiker sehen, die anderen schon als einen Philosophen der Neuzeit, und zwar mit Helmut Kohl, der immer gesagt habe, dass wichtig sei, was hinten herauskomme. Hinten komme zurzeit eine schwarze Zahl heraus, so dass der Landkreis nichts zuschießen müsse. Die Zukunft stimme zuversichtlich: 300 Mio. € zugesagte Mittel des Freistaates, darüber hinaus

50 Mio. € für die medizinischen Geräte. Mit dem Mutter-Kind-Zentrum sei die bestmögliche Versorgung für die kleinsten Patienten sichergestellt.

Zur Frage „Uniklinik – ja oder nein“ zeigt sich Kreisrat Liebert erfreut darüber, dass nun offensichtlich den drei Ausrufezeichen des Ministerpräsidenten im goldenen Buch der Stadt Augsburg wirklich Taten gefolgt sind. Er zitiert Landrat Sailer, der erklärt habe, so viel Uniklinik wie jetzt sei noch nie in Augsburg gewesen. Damit habe er die Kooperation zwischen der LMU, der Uni und der TU in München gemeint. Es sei zu hoffen, dass diesen drei Ausrufezeichen auch die drei Lehrstühle folgen.

Anschließend äußert sich Kreisrat Liebert zum ÖPNV. Am Freitag habe er in der Zeitung einen Artikel mit der Überschrift „Pendeln wird zum Regelfall“ gelesen. Jeden Tag würden 54.000 aus dem Landkreis pendeln, 34.500 allein in die Stadt Augsburg. Der ÖPNV sei somit ein Rückgrat im täglichen Leben bzw. Arbeitsleben geworden. Mobilität sei das Gebot der Stunde. Die 5,7 Mio. €, die der Landkreis Augsburg in den ÖPNV investiere, seien hier gut angelegt. Darüber hinaus stünden 400.000 € als so genanntes Experimentierbudget zur Verfügung.

Sehr erfreulich sei die Ansiedlung von Amazon, aus der Sicht der Wirtschaftsförderung sei diese wirklich ein Volltreffer. Die Ansiedlung habe eine Win-Win-Funktion ausgelöst. Zum einen habe man nicht weniger als 246 Personen aus der Belastung des Landkreishaushaltes bekommen, was pro Haushaltsjahr 1 Mio. € einspare. Zum anderen werde Amazon auf der Einnahmenseite positiv zu Buche schlagen, nämlich mit der Gewerbesteuer und mit der Einkommensteuerbeteiligung.

Der Landkreis Augsburg sei sehr stark auf dem sozialen Sektor gefordert. 41,9 Mio. € würden wohl benötigt. Rechne man dazu den Anteil der Bezirksumlage, der mit über 90 % vom sozialen Sektor geprägt sei, stelle sich schon die Frage, ob man mehr als 50 % im Verwaltungshaushalt dadurch binden lassen müsse und eine gesellschaftspolitische Aufgabe mit kommunalen Haushaltsmitteln zu lösen habe. Es sei die Frage, ob die Selbstverwaltung nicht irgendwo angekratzt sei. Dankbar nehme man zur Kenntnis, dass sich der Bund mit einer neuen Quote von 45 % an der Grundsicherung beteilige. Kreisrat Liebert betont, er wolle jedoch ausdrücklich einen mahnenden Zeigefinger erheben, dass diese Quote von 45 % nicht stagnieren dürfe, sondern über die Mittelstation von 75 % weitergehen müsse, und zwar hin zum Ziel einer 100-prozentigen Bundesbeteiligung. Kreisrat Liebert gibt zu verstehen, er mahne deshalb mit dem Zeigefinger, weil im Bundesgesetz diese Automatik über die 45 % hinaus nicht enthalten sei. Hier müssten alle gemeinsam noch Hand anlegen.

Bei der Gründung der landkreiseigenen Energiewerke trete man momentan noch etwas auf der Stelle. Man müsse nun aus den Startlöchern herauskommen, denn man fahre schon viel zu lange. Das Einzahlen des Gesellschaftsanteils sei das eine, die fehlende Rechtsform sei das andere. Bis heute habe man noch kein schlüssiges Konzept. Man werde daran arbeiten. Der Landkreis habe die große Chance, auch koordinierend bei der Gestaltung der erneuerbaren Energien mitzuwirken, eine Chance, die man in einem Fall nicht optimal genutzt habe. Der Landkreis müsse also einen Gang zulegen, wenn man es ernst damit meine, das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

Beim Umwelt- und Klimaschutz sei erfreulich, dass eine zentrale Forderung der CSU-Fraktion mittlerweile umgesetzt worden sei, nämlich die Abwärme der AVA in Augsburg weitestgehend zu nutzen. Diese Abwärme sei in der Vergangenheit zum größten Teil in die Luft geblasen worden. Bei einem Besuch auf dem Gelände der AVA habe sich die CSU-Fraktion in der letzten Woche davon überzeugt, dass die Abwärme von 40 Mio. Einheiten auf 86 Mio. Einheiten gesteigert worden und somit aus dem Entsorger AVA für Müll ein Versorger AVA für Wärme geworden sei. Dass der mobile Wärmetransport in die Gänge komme, freue die CSU-Fraktion als diejenige Fraktion, die dies bei der Energiewendediskussion auch angesprochen habe.

Zusammenfassend stellt Kreisrat Liebert fest, der Landkreis habe den Haushalt nach dem Motto „strecken – streichen – kürzen“ auf Kante genäht und als Ultima Ratio den neuen Hebesatz von 49,75 % angesteuert, so dass man die 50 %-Marke nicht reißen müsse. Zum Schluss bedankt sich Kreisrat Liebert beim Landrat, beim Kämmerer, der die Fraktion sehr intensiv beraten hat und auch bei der Klausurtagung in Violau zur Verfügung stand, bei der übrigen Landkreisverwaltung, seinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, aber auch bei allen anderen Fraktionen des Kreistages und erklärt anschließend namens der CSU-Kreistagsfraktion die Zustimmung zum Kreishaushalt 2012.

Kreisrat Güller stellt in der Gesamtbilanz für die SPD-Fraktion fest, dass jetzt zur Abstimmung ein vernünftig aufgestellter Kreishaushalt vorliegt. Man habe Risiken im Haushalt, insbesondere konjunktureller Art, und zwar dann, wenn es nicht gelinge, die Grunderwerbsteuer und andere Einnahmearten genauso zu bekommen. Man habe es aber auch geschafft, dass die Erhöhung der Bezirksumlage nicht 1:1 weitergegeben wurde. Dies sei für die SPD-Fraktion ein zentraler Punkt. Es bleibe dahingestellt, wie die Geschichtsgliederung des Kollegen Liebert in der Öffentlichkeit ankomme. FDP und CSU hätten noch Ende Dezember mit Vehemenz darauf gedrängt, die Kommunen durch eine Erhöhung der Kreisumlage noch mehr als jetzt unter dem Label „Schuldenabbau“ zu belasten. Es sollten Gewinne, die der Landkreis nun vom Bund nach gemeinsamer, jahrelanger Forderung zumindest teilweise bekommen habe, als auch die Erfolge beim Klinikum zu einem Schuldenabbau herangezogen werden. Gefehlt habe jeglicher Ansatz von Einsparungen. Ein Schuldenabbau sei dies nicht. Dies wäre es dann, wenn man tilge und gleichzeitig Einsparungsvorschläge mache. Wenn man jedoch nur eine Verlagerung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt vornehme und dafür die Kreisumlage anhebe, dann sei dies ein Verlagern der Schulden vom Kreis auf die Kommunen und damit auf alle Bürgerinnen und Bürger. Für viele Kommunen im Landkreis hätte dies bedeutet, dass sie ihre Gebühren hätten erhöhen, freiwillige Zuschüsse an Vereine hätten streichen und letztendlich von ihren Bürgern über erhöhte Grundsteuern und damit steigende Mieten mehr Geld hätten einziehen müssen. Die SPD-Fraktion sei froh darüber, dass es auch in einem Schulterschluss mit den Kommunen gelungen sei, diese Anträge von CSU und FDP vom Tisch zu bekommen.

Kreisrat Güller verweist auf seine Haushaltsrede des Vorjahres, wonach es im Landkreis zu viele offene Baustellen gebe. Es sei im vergangenen Jahr gelungen, ein paar dieser offenen Baustellen zu schließen und haushalterisch aufzunehmen. Er spreche hierbei von den Großprojekten bzw. den Bildungsprojekten, ob Diedorf, Bobingen, Meitingen, Zusmarshausen, Neusäß oder Königsbrunn. Die finanziellen Folgen – die Investitionskosten – seien in diesem Haushalt und in den folgenden Haushalten abgebildet. Zumindest habe man es geschafft, im Jahr 2011 klare Rahmenrichtlinien vorzugeben. Es werde jetzt beim Vollzug des Haushalts die Aufgabe sein, diesen durch den Finanzrahmen gegebenen Rahmenrichtlinien auch Taten folgen zu lassen. Man habe die richtige Entscheidung im letzten Jahr getroffen, kein PPP-Projekt im Landkreis auf den Weg zu bringen. Der Landkreis habe das Heft des Handelns in der Verwaltung, aber auch in den Ausschüssen behalten wollen. Man wolle die Möglichkeit haben, so auszuschreiben, dass kleine und mittelständische Firmen eine Chance hätten. Die Erfahrungen bei Bauten in der Vergangenheit würden zeigen, wie richtig man damit liege. Man habe dort wenige Probleme, wo die Aufträge an Firmen aus der Region gegangen seien. Dies bedeute für die Ausschüsse und insbesondere für die Verwaltung in den nächsten Jahren allerdings einen erhöhten Arbeitsaufwand. Es dürfe jedoch nicht passieren, dass den jetzt gemachten Ansätzen immer wieder Nachforderungen hinzu kommen. Dazu bedürfe es einer Kostendisziplin in den Ausschüssen, aber insbesondere in der Verwaltung.

Im Gegensatz zum letzten Jahr habe man in der Wirtschaftsförderung eine einigermaßen bessere Struktur hinbekommen. Kreisrat Güller betont, er meine damit ausdrücklich die Wirtschaftsförderung, für die der Landkreis zuständig sei. Nach wie vor mehr als unzufrieden sei die SPD-Fraktion mit dem Thema der Zusammenarbeit in Richtung Stadt Augsburg, und

zwar – um nicht missverstanden zu werden – nicht von Seiten der Landkreisverwaltung, sondern von Seiten der Stadtspitze in Augsburg. Beim Thema Innovationspark, um das sich der Landkreis intensiv gekümmert habe, bestehe nach wie vor der ganz klare Eindruck, dass die Stadtspitze in Augsburg kein Interesse an einem gemeinsamen Projekt der Region habe. Es sei schade, dass die Wirtschaftsregion hier nicht einheitlich aufgestellt sei. Diese Baustelle müsse also noch bearbeitet werden.

Eine andere Baustelle im Bereich Wirtschaftsförderung – nämlich die Ansiedlungspolitik – sei schon erwähnt worden. Hier sei für die Sozialdemokraten das Thema Amazon positiv und negativ behaftet. Positiv, weil es gelungen sei, diese Investition in die Region zu holen. Wie wichtig der Begriff Region sei, zeige woher die Arbeitskräfte kommen. Auch die Stadt Augsburg und benachbarte Landkreise würden von dieser Ansiedlung profitieren. Deswegen sei es richtig gewesen, dass sich der Landkreis letztendlich auch dazu bereit erklärt habe, für eine Übergangszeit Zuschüsse für den Bereich ÖPNV/Amazon-Anschließung zu geben. Genauso wichtig sei es, dass die Großfirmen, die sich im Landkreis ansiedeln, auch ordentliche Arbeitsbedingungen liefern. Der Kreisausschuss habe sich beim Jobcenter ausführlich über das Thema Löhne informiert. Darüber, wie die Arbeit bei Amazon ablaufe, gingen die Meinungen deutlich auseinander. Die dort herrschenden Arbeitsbedingungen müsse man auch als Kreisräte bzw. Politikerinnen und Politiker in diesem Landkreis hinterfragen, selbst wenn hier nur indirekte Möglichkeiten bestünden, z. B. im Zusammenhang mit der ÖPNV-Förderung einzugreifen. Diese Hebel müsse der Landkreis nutzen. Kreisrat Güller fordert deshalb für dieses Jahr eine aktive Beschäftigung mit diesem Thema. Die SPD-Fraktion werde darum bitten, das Gespräch nicht nur mit der Betriebsleitung, sondern auch mit der Betriebsvertretung und insbesondere mit den Gewerkschaften zu suchen.

Zum ÖPNV verweist Kreisrat Güller darauf, dass die Baustelle der Schülerbeförderung noch nicht endgültig geschlossen wurde. Allerdings habe sich der Landkreis um eine bessere Ausstattung der Busse und damit um eine qualitative Beförderung der Schülerinnen und Schüler gekümmert. Die Ausschreibung sei nicht zuletzt auf Anregung der SPD-Fraktion und Kollegin Simone Strohmayr verändert worden. Es werde jetzt darum gehen, gemeinsam mit den beauftragten Unternehmen immer wieder eine Qualitätskontrolle vorzunehmen und darauf zu achten, dass genau das, was ausgeschrieben wurde, auch erfüllt werde. Mit den Unternehmen zusammen müsse man sehen, wo noch weitere Verbesserungen, z. B. bei der Anfahrtssituation in Neusäß oder Schwabmünchen, erreicht werden können.

Nicht gelungen sei es, das Thema Staudenbahn einer Lösung zuzuführen. Dies liege nicht am Landkreis. Nach wie vor gebe es zu geringe Vorgaben vom Freistaat bzw. von der BEG und vom Wirtschafts- und Verkehrsministerium. Ferner sei man in einem Dialog mit den betroffenen Kommunen, wie diese eine Verbesserung des Nahverkehrs im Bereich der Stauden sehen. Hier sei auf der einen Seite die Geschwindigkeit wichtig. Der Landkreis müsse 2012 zu Ergebnissen kommen. Mindestens genauso wichtig sei es, dass alle Bürgerinnen und Bürger in den Stauden mitgenommen werden. Diese müssten von dem zusammen mit den Kommunen beschlossenen, neuen System überzeugt sein. Es bringe nichts, wenn man hinterher feststellen müsse, dass es hier und dort noch nicht passe. Daher sei es besser, sich länger Zeit dafür zu nehmen, mit den Betroffenen zu diskutieren.

Eine Erfolgsgeschichte, die von allen Fraktionen in diesem Haushalt gemeinsam fortgeführt werde, sei das 400.000 €-Programm für die Erprobung von zusätzlichen und neuen Linien im Landkreis. Es sei im Jahr 2011 gelungen, einige Linien in die Regelbeförderung zu übernehmen. Nur an ein paar wenigen Stellen musste festgestellt werden, dass die Nachfrage nicht so hoch wie erwartet sei, weswegen der Versuch dort auch keinen Sinn mache. Die SPD-Fraktion sei froh, dass im Kreishaushalt dieser Spielraum für solche Experimentierklauseln mit den Kommunen bestehe, man dies fortsetzen könne und damit die eine oder andere Linie auch in den nächsten Jahren in die Regelbeförderung bekommen könne. Damit könne der Nahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises – insbesondere im ländlichen Raum – weiter verbessert werden.

Beim Bildungsbereich habe er vorhin bereits den Baubereich angesprochen, so Kreisrat Güller. Ungelöst seien für die SPD-Fraktion nach wie vor das Thema Schülerbeförderungskosten und deren Abrechnung. Es könne nicht Aufgabe der Kreisträte sein, die Ansätze jedes Jahr in den Ausschüssen in derartig massiver Form umzuschichten, zu verändern bzw. zu korrigieren und erst dann zur ganzen Wahrheit und Klarheit des Haushaltes zu kommen. Kreisrat Güller formuliert in diesem Zusammenhang die deutliche Bitte der SPD-Fraktion, in den nächsten Jahren einen klaren und von Anfang an realistischen Ansatz vorzulegen.

Nach wie vor erhalte man zu wenige Zuschüsse vom Freistaat. Zu wenige Zuschüsse und zu wenig Unterstützung bekomme im Bereich der Schüler auch die Stadt Augsburg vom Freistaat, und zwar beim Personalkostenersatz. Da die Stadt Augsburg in ihren Schulen kommunale und keine staatlichen Lehrer habe, ergebe sich pro Jahr ein Defizit zwischen 20 und 22 Mio. € im Personalkostenbereich. Dieses Defizit könne dem Landkreis nicht egal sein. Denn der Landkreis zahle ca. 10 % dieses Defizits über seine Gast Schülerbeiträge für Schülerinnen und Schüler mit, die die Schule in Augsburg besuchen. Während den Haushaltsberatungen habe man lange über die Kreisumlage diskutiert. Bei einem Punkt rede man von ca. 1,8 Mio. €. Allein in den Personalkosten der Gast Schülerbeiträge sei mindestens ein Punkt Kreisumlage enthalten. Deswegen könne es dem Landkreis im nächsten Jahr nicht egal sein, ob die Stadtspitze in Augsburg dieses Thema weiter schleifen lasse oder ob sie konkrete Anträge und konkrete Diskussionen mit der Staatsregierung führe. Kreisrat Güller bittet im Namen der SPD-Fraktion darum, sich diesem Thema im Jahr 2012 ausdrücklich anzunehmen und in Gespräche mit der Stadt Augsburg einzutreten. Er glaube, dass man über die Parteigrenzen hinweg sicherlich bereit sei, die Stadt Augsburg in ihrem Kampf um eine gerechte Bezuschussung durch den Freistaat Bayern zu unterstützen.

Eine im letzten Jahr genannte Baustelle sei auch das Klinikum gewesen. Die Wertachklinik konnte er voriges Jahr schon positiv erwähnen, so Kreisrat Güller, und auf das gute Ergebnis und die gute Zusammenarbeit mit den Städten Bobingen und Schwabmünchen hinweisen. Dies sei gleich geblieben.

Dass es im Klinikum nun eine deutliche Entlastung gebe, sei hervorragend. Kreisrat Güller merkt an, es verfolge ihn jedoch ein bisschen mit Sorge, dass man nun darüber streite, wer „der Vater des Kindes“ sei. An den Landrat sowie an die Kolleginnen und Kollegen in den Gremien des Klinikums gerichtet meint Kreisrat Güller, dass hier in den kommenden Wochen und Monaten hinter verschlossenen Türen „klar Schiff“ gemacht werden müsse. Die Erfolge des Klinikums würden auf drei Säulen beruhen. Jeder werde jede einzelne Säule anders stark gewichten. Natürlich seien auch schon in der letzten Legislaturperiode Entscheidungen getroffen worden, die erst heute positive Ergebnisse zeitigen. Genauso natürlich sei es aber auch, dass die neue Leitung des Klinikums Entscheidungen gerade im Projektierungs- und Einkaufsbereich getroffen habe und in einer Art und Weise mit dem Personal des Klinikums zusammenarbeite, die positiv seien. Genauso richtig sei der Verweis darauf, dass sich die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen geändert hätten und die zunächst für das Klinikum sehr negative Konvergenzphase nun ein anderes Ergebnis bringe. Es gehe also nicht darum, in den kommenden Monaten darüber zu streiten, wer „der Vater des Erfolgs“ sei, sondern darum, die Erfolge auszubauen und mit den Beschäftigten eine gute Zukunft für das Klinikum zu finden.

Zum Thema Uniklinik verweist Kreisrat Güller auf die von Kreisrat Liebert verwendete Formulierung, wonach es Fortschritte gegeben habe und man soweit noch nie gewesen sei. Dies sei kein Wunder, da man bisher noch gar nicht im Thema gewesen sei. Von einem Uniklinikum sei man unglücklicherweise noch meilenweit entfernt. Dies werde wohl auch eines der Themen sein, die der Ministerpräsident auf der Negativseite seiner Regierungszeit in Bayern abbuchen müsse. In dieser Legislaturperiode werde sich hier mit Blick auf die derzeit stattfindenden Haushaltsberatungen im Landtag leider nicht mehr viel tun.

Kreisrat Güller erklärt, dies seien die Baustellen des vergangenen Jahres mit einigen Hinweisen auf die Baustellen dieses Jahres gewesen. Ein Thema liege der SPD-Fraktion schwer im Magen. Dies seien die Energiewende und damit der Klimaschutz. Untrennbar damit verbunden seien die Energiewerke. Kreisrat Güller teilt mit, er halte dieses Thema hervorragend für eine Diskussion. Er erinnert daran, was hierzu die FDP in den letzten Jahren von sich gegeben hat. Demnach müssten die Unternehmen die Leitung übernehmen und der Freistaat und die Kommunen müssten sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Die CSU habe dies fröhlich nachgeplappert und in die Koalitionsvereinbarung hinein geschrieben. Die Energiewerke seien nun endlich wieder ein Thema, bei dem der Staat und die Kommunen eine aktive Rolle einnehmen und selbst gestalten könnten. Dies dürfe aber nicht vom Landkreis auf die Kommunen aufgesetzt werden, sondern es müsse mehr Miteinander stattfinden. Die Debatten in den einzelnen Gemeinderäten in den letzten Wochen und Monaten hätten gezeigt, dass das Thema, gemeinsam an Energiewerken zu arbeiten, noch nicht überall angekommen sei. Dies sei nicht die Schuld der einzelnen Kommune, die dies nicht verstanden habe, sondern auch ein Kommunikationsproblem des Landkreises.

Der letzte große Punkt, den der Landkreis in diesem Jahr angehen müsse, seien die Personalkosten. Kreisrat Güller gibt an Landrat Sailer gerichtet zu verstehen, er sei nicht der Auffassung, dass der Landkreis gut aufgestellt sei. Wer sich in Statistiken auskenne, der wisse, dass es nicht weiterführe, Durchschnittswerte von bayerischen Landkreisen aufzuzählen. Jeder Landkreis habe eine andere Struktur. Vielmehr müsse man sich die Kennzahlen im Landkreis ansehen. 2010 seien es 570 und 2011 597 Beschäftigte gewesen. Die Ausgaben 2008 beliefen sich auf 21,01 Mio. €, die Ausgaben 2011 auf 24,01 Mio. €. Im Haushalt 2012 seien 25,6 Mio. € prognostiziert bzw. etatisiert. Allein zwischen 2008 und 2011 habe der Landkreis ein Plus von 3 Mio. € im Personalbereich; dies sei eine Steigerung von fast 15 %. Davon gehe nicht einmal die Hälfte auf Tarifsteigerungen zurück. Der Rest seien Steigerungen im Personalkörper.

Erschreckend bei diesen Haushaltsberatungen sei es gewesen, das man zwar nachvollziehen konnte, dass die einzelnen Stellen – sofern diese von der Höhe her überhaupt in den Personalausschuss kommen – schon beschlossen seien. Jedoch sei der Gesamtüberblick, wie sich der Personalkörper dieses Landkreises entwickle, nicht entsprechend. Die SPD-Fraktion mache an dieser Stelle ein großes Defizit im Bereich Personalplanung, Personalführung und Personaleinsatz aus. Zumindest im Kreisausschuss und wohl auch im Personalausschuss sei man sich einig gewesen, dass dieses Thema in diesem Jahr angegangen werden müsse.

Insgesamt zeigt sich Kreisrat Güller mit den Beratungen des Kreishaushaltes zufrieden. Die SPD-Fraktion sei damit zufrieden, was man bei der Abarbeitung der Baustellen des letzten Jahres erreicht habe. Die SPD-Fraktion sehe aber auch deutliche Potenziale in diesem Landkreis, was man besser machen könnte, ob dies der ÖPNV, die Sozialleistungen und Jugendhilfe, die Mobilisierung von Ehrenamtlichen oder die Personalplanung und -führung und der Personaleinsatz seien. Die SPD-Fraktion sehe eine große Aufgabe vor diesem Kreistag, aber insbesondere auch vor dem Landrat und der Verwaltung dieses Hauses. Der Kreistag gebe mit seinen Entscheidungen die Richtung vor. Ausführen tue dies die Verwaltung, die im letzten Jahr an den meisten Stellen ganz hervorragend gearbeitet habe. Für die hervorragende Begleitung während der Haushaltsberatungen bedankt sich Kreisrat Güller bei Herrn Seitz und seinen Kolleginnen und Kollegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Töchter bzw. Beteiligungen hätten ebenfalls hervorragende Arbeit geleistet. Nichts desto trotz könne man aus diesem Landkreis noch mehr herausholen, so Kreisrat Güller. Hieran sollte man gemeinsam arbeiten. Die SPD-Fraktion werde dem Kreishaushalt 2012 mit diesen Anmerkungen mit einer Ausnahme zustimmen, die aber nicht dem Inhalt dieser Ausführungen, sondern dem Thema Mansio geschuldet sei.

Für die FW-Kreistagsfraktion spricht **Kreisrat Hannemann**, der mitteilt, dass er sich nach den Vorreden erlaubt habe, seine Notizen etwas zusammenzustreichen. Er habe nicht die Absicht, etwas zu wiederholen, was man heute schon zweimal gehört habe.

Beginnen wolle er mit dem, was Kollege Güller zum Schluss ausgeführt habe. Er teile in Bezug auf die Personalkosten die Ansicht, dass die Personalkostenentwicklung Sorge bereite und es sicher ein Thema des kommenden Jahres sein werde, dies in engere Grenzen zu fassen und kritisch zu betrachten. Ebenso teile er die Ansicht von Kreisrat Güller, dass der Verweis auf andere Landkreise wenig hilfreich sei. Der Landkreis Augsburg könne sich nicht mit anderen Landkreisen vergleichen, sondern habe seine eigene Vita, die richtig dargestellt wurde. Der Landkreis habe hier vielmehr ein Kostenproblem, das man in den Griff bekommen müsse, um auch für die Zukunft aufgestellt zu sein. Der Landkreis müsse ein gesundes Selbstbewusstsein an den Tag legen und sich weder im Negativen noch im Positiven abgrenzen. Man habe es geschafft, die Personalkosten viele Jahre diszipliniert durchzuhalten. Diese Aufgabe sollte man sich für das kommende Jahr ins Stammbuch schreiben.

Was das Thema Wirtschaftsförderung angehe, so seien die Erfolge schon dargestellt worden. Die Neuansiedlungen seien mit Sicherheit ein Gewinn. Es sei eine Aufgabe der Gesellschaft, generell darüber nachzudenken, dass Wirtschaftsförderung natürlich nicht immer nur zu Lasten der Landschaft gehen dürfe. In Bayern würden täglich 20 ha oder ungefähr 15 Fußballfelder Natur für solche Ansiedlungen verbraucht. Deshalb müsse man schon einmal kritisch hinterfragen, ob diese Entwicklung auf Dauer durchhaltbar sei. Die Landschaft werde dringend gebraucht. Man nutze diese vielfältig, und zwar nicht nur zur Produktion von Lebensmitteln, sondern zukünftig auch noch für Energie und Ähnliches. Irgendwann werde eine natürliche Grenze erreicht sein. Kreisrat Hannemann merkt an, er wolle jetzt nicht schlecht reden, was man an Ansiedlungen geschafft habe. Gleichzeitig möchte er aber auch davor warnen und feststellen, dass man auch in diesen Punkten künftig kreativer sein müsse. Ein "immer weiter so" gehe nicht. Dies habe man auch im Rahmen der Energie gemerkt, als man gemeint habe, dass die Ressourcen unerschöpflich seien und man unfreiwillig aufgeweckt wurde. Wenn man dann die Entscheidungen sehr schnell treffen müsse und kaum Zeit zur Umsetzung bestehe, komme vielleicht etwas heraus, was nicht besonders sinnvoll sei.

Beim Thema Verkehr sei sehr erfreulich, dass man es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung geschafft habe, eine hervorragende Nachverdichtung hinzubekommen. Dies sei ein tolles Projekt. Man habe auch sehr kritisch die Fahrplanwechsel begutachtet. Es sei ein positives Zeichen, die Bürger aktiv in die Besprechung der neuen Fahrpläne einzubeziehen. Dies sei ein sinnvolles und gutes Gespräch gewesen. Hier sei man auf dem richtigen Weg.

Was aber beim Thema Verkehr sehr schmerzhaft auffalle, sei die Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg. Es gebe den Grundsatz "Klare Rechnung – Gute Freunde". Kreisrat Hannemann betont, diesen Grundsatz sehe er in dem Zusammenhang überhaupt nicht gegeben. Er habe das Gefühl, dass der Landkreis Augsburg im gesamten Verkehrsthema wesentlich mehr zahle und bezahle, als es rechnerisch und tatsächlich erforderlich wäre. Kreisrat Hannemann nimmt als aktuelles Beispiel den Umbau des Königsplatzes, wodurch immense Einschränkungen geschehen werden, die insbesondere auch die Bürger im Landkreis betreffen. Er vermisse hier die nötige Transparenz sowie eine intensive Kommunikation mit den Verkehrsbetrieben im Landkreis, die letztlich diese Last zu tragen hätten. Der Landkreis werde mit seinen Geldern und seinen Marketinginstrumenten versuchen müssen, die Bürger wieder zurück zu gewinnen, die zweifelsohne in den nächsten Jahren vom öffentlichen Nahverkehr Abstand nehmen werden. Es sei eine viel intensivere Zusammenarbeit der beiden Partner erforderlich, so Kreisrat Hannemann. Er wolle nicht, dass einer der Partner den Grund setze und den Königsplatz umbau und der Landkreis Augsburg dann derjenige sei, der dies auf Landkreisebene auslöffeln müsse.

Gleiches gelte auch für die Statuierung der Busse. Hier gebe es einen erheblichen Nachbesserungsbedarf, weshalb Kreisrat Hannemann den Landrat bittet, ganz massiv vorstellig zu werden, damit die vom Land kommenden Busse nicht irgendwo in einem Hinterhof anhalten.

Er werde seinen Kindern mit Sicherheit nicht erlauben, nachts irgendwelche Busse zu benutzen, die hinter dem Bahnhof ankommen, um dort dann Umsteigemöglichkeiten wahrzunehmen. Hier sei der Landkreis in der Pflicht. Der Landkreis sei nicht etwas, was man auch noch in den Plan hinein bauen müsse. Vielmehr werde der Verkehr durch die Pendler und durch die Leute geprägt, die vom Landkreis in die Stadt zum Einkaufen kommen. Davon lebe diese Stadt, weshalb auch beim Thema Verkehr endlich ein ehrliches Miteinander sowie ein Diskutieren und Verhandeln auf Augenhöhe einsetzen müsse. Ansonsten werde man im Kreistag noch in 20 Jahren über die Frage der Straßenbahn nach Königsbrunn diskutieren. Auch hier werde eine offene, klare Rechnungslegung vermisst. Diese wurde schon x-mal angemahnt, sei aber bislang nicht erfolgt. Es müsse doch klar sein, dass diejenigen, die von außen einsteigen, die Wertschöpfung für die gesamte Linie bringen. Man könne hier nicht milchmädchenhaft nach Kilometern rechnen. Dies sei eine Betrachtungsweise, die nicht fair und auch nicht ehrlich sei. Wer nichts zu verbergen habe, könne die Zahlen auch offen legen.

Das Thema Verkehr sei signifikant für die Themen Wirtschaft und Innovationspark. Kreisrat Hannemann teilt mit, er habe lange daran appelliert, den Landkreis als Partner mit ins Boot zu holen. Der Landkreis wolle sich mit seinem Geld und seiner Arbeit nicht aufdrängen. Die Art und Weise, wie damit umgegangen werde, sei aber einfach beschämend. Es sei natürlich erfreulich, wenn dies jemand alleine schaffen und stemmen könne. Wenn man sich aber als Gesamtregion verstehe und viel Geld für gemeinsame, regionale Vermarktung ausbebe, dann müsse man auch versuchen, die gemeinsamen Belange der Wirtschaftsförderung und des Verkehrs dort hinein zu bauen. Kreisrat Hannemann stellt fest, dies sei für ihn bisher nicht ersichtlich. A³ mache nun das Marketing für ein Produkt, nämlich für den Innovationspark, in den der Landkreis eigentlich nicht involviert sei. Wie eben beim Verkehr ausgeführt, vermarkte der Landkreis hier etwas, für das er eigentlich gar nicht handlungs- und entscheidungsbefugt sei.

Die Entwicklung der Schulen stelle mit Sicherheit die Mammutaufgabe der kommenden Jahre dar. An Kreisrat Liebert gerichtet erklärt Kreisrat Hannemann, er hoffe, dass er die Zwischentöne falsch interpretiert habe. Hier dürfe es keine Verzögerungen geben. Der Landkreis habe einen Masterplan. Es werde eine erhebliche Kraftanstrengung werden, die man schultern müsse. Man dürfe mit dem Umbau und dem Bau neuer Schulen nicht in Verzug kommen. Diese dürften nicht erst dann fertig sein, wenn die Kinder bereits ausgelernt hätten. Die Zeit, in denen Kinder in Containern oder „Bildungsinseln“ unterrichtet werden, müsse so kurz wie möglich sein. Der Landkreis habe nichts von wunderschönen und prächtigen Schulen, die dann fertiggestellt seien, wenn die Kinder bereits die Schule absolviert hätten.

Kultur und Wirtschaftsförderung greife Hand in Hand. Man könne diese Bereiche nicht abgrenzen. Was Kulturförderung sei, sei auch Wirtschaftsförderung. Auch jedes Theater in einer Stadt sei Teil der Wirtschaftsförderung und mache eine Stadt interessant. Das „Fiasko an der Mansio“ zeige, dass die Aufstellung klarer Regularien dringend geboten sei, allerdings auch immer in dem Bewusstsein, dass es hier nicht um lokale Förderung einzelner Kommunen, sondern um das Gesamterscheinungsbild des Landkreises gehe. Kreisrat Hannemann gibt zu verstehen, er werde weiter für dieses Thema kämpfen, weil er der festen Überzeugung sei, dass man damit etwas für den Landkreis und nicht nur für eine einzige Kommune tue. Dies sei eine Gesamtdarstellung, die man vorantreiben müsse.

Das Thema Gesundheitswesen wurde schon erfreulich hervorgehoben. Der Landkreis habe durch die nicht mehr vorhandenen Defizite neue Freiräume bekommen. Die Thematik der Krankenhäuser werde in den kommenden Jahren aber noch sehr schwierig werden. Es werde noch viel zu erarbeiten sein und es werde noch viele Schmerzen geben. Die jetzt eingeleiteten Änderungen würden natürlich nicht überall Begeisterung auslösen. Deswegen appelliert Kreisrat Hannemann an die Kolleginnen und Kollegen, mit dem jetzt eingeschlagenen Kurs, den man vorgegeben habe und der auch schon Früchte trage, den handelnden Verantwortlichen den Rücken zu stärken. Er maße sich nicht an, die Vergangenheit zu beurtei-

len, wobei Herr Kohl weder menschlich noch in seiner Gesetzestreue irgendwo ein Beispiel für ihn sei, so Kreisrat Hannemann weiter. Er könne niemandem empfehlen, sich solche Politiker als Vorbild zu nehmen. Dies gelte auch für die Art und Weise zu sagen, dass man nicht mehr berücksichtige, was gewesen sei. Eines sei aber klar: Wer auch immer die Verantwortung habe, werde letztendlich die richtigen Weichenstellungen nur dann treffen können, wenn er die politische Rückendeckung habe. Dies gelte für die Vergangenheit als auch für die Zukunft.

Ungeachtet der Personen wäre es sicher auch einmal sinnvoll, sich kritisch die Frage zu stellen, wieso man 300 Mio. € verloren habe und was man aus den Fehlern lernen könne. Momentan stehe auf der Tagesordnung aber die Rückendeckung derjenigen, die in der Verantwortung seien.

Eng verbunden mit dem Thema Wirtschaft sei auch das Thema Energie. Die FW-Fraktion habe sich erlaubt, einen Vorschlag zu den Energiewerken zu machen, der auch an die Bürgermeister versandt wurde. Man wolle die Diskussion anregen. Es gebe hier kein Konzept, das man aus der Schublade nehmen könne und das für den Landkreis passe, sondern es gebe völlig verschiedene Modelle. Man müsse jetzt schnell vorankommen. Die Thematik sei so komplex, dass weder die kleinen noch die großen Kommunen in der Lage sein werden, die Problematik um Konzessionsverträge oder ähnliches alleine zu bewerkstelligen. Das Know-how, wie der Landkreis in Zukunft mit diesen Dingen verfare und dass letztendlich der Landkreis und die Kommunen Herr der Übertragungswege und der Leitungen werden, sei so komplex, dass man sich zusammenschließen wolle. Deswegen richtet Kreisrat Hannemann nochmals den Appell an alle Kommunen, ihre Bereitschaft zur Mitwirkung zu erklären. Dies solle nicht nur durch einen Gemeinderatsbeschluss erfolgen, in dem die Unterstützung erklärt werde. Die Gemeinden sollten vielmehr lebendig in die Diskussion einsteigen und mit dem Landkreis gemeinsam nach den besten Lösungen suchen. Das angedachte Konzept, zumindest teilweise über ein Genossenschaftsmodell zu fahren, habe durchaus Sinn und mache Geschmack auf dieses Thema. Die Bürger sollten sich hieran beteiligen können. Man brauche die Bürger hierfür. Schließlich rede man über Summen, die mit Sicherheit weit das übersteigen werden, was sich die meisten heute vorstellen. Dies könne kein Landkreis oder keine Kommune alleine stemmen. Mit den Bürgern zusammen sei dies aber möglich. Andere Landkreise hätten es auch schon vorgemacht.

Auf der anderen Seite müsse man ein Gremium im Rahmen der Energie finden, das schlagkräftig und auch in der Lage sei, Entscheidungen zu treffen. Tödlich für Energiewerke wären ein Diskussionsclub oder eine Gesellschaftsform, die durch ein einfaches Veto mehr oder weniger kooperativer Beteiligter letztlich die Sache blockieren würde. Dass blockiert werde und dass man hier massiven Gegenwind erfahren werde, verstehe sich von selbst. Was der Landkreis wolle, nämlich die Energie in die eigene Hand zu nehmen, stehe natürlich im krassen Widerspruch zu den Unternehmen, die damit sehr gutes Geld verdienen. Dass diese Unternehmen den Landkreis nicht begleiten werden, sei daher klar. Diese würden alles unternehmen, dieser Eigenständigkeit und dem Selbstbewusstsein der Kommunen und des Landkreises entgegenzusteuern. Dass es in einem harten Wettbewerb in der Wirtschaft nicht nur fair zugehe, sondern dort mit sehr harten Bandagen gekämpft werde, sei das, was er tagtäglich und hauptberuflich mache, so Kreisrat Hannemann. Insofern habe der Landkreis einen erheblichen Handlungsbedarf, sich mit dem Thema Energiewerke auseinanderzusetzen. Er wünsche sich, dass der vorliegende Antrag der Freien Wähler ernsthaft diskutiert werde und man sich auch der Notwendigkeit und Dringlichkeit bewusst sei, in der man hier handle. Wenn die Verträge auslaufen und man bis dahin kein Konstrukt habe, das in der Lage sei, die Kommunen zu unterstützen, werde das Thema am Landkreis Augsburg für lange Zeit vorbei gehen. Dann werde man auch beim Thema Energie für die Bürger vielleicht eines Tages nicht mehr wettbewerbsfähig sein.

Mit Sorge betrachtet Kreisrat Hannemann allerdings die begleitenden Faktoren. Wenn er nach München schaue, dann sei man dem Grunde nach für die Energiewende. An wirkli-

chen, pragmatischen Hilfen komme jedoch gar nichts. Dies sei katastrophal. Es würden Werte wie Mindestabstandsflächen die Welt geschmissen. Der Freistaat gebe Empfehlungen aus, ohne die Kompetenz dafür zu haben. Kreisrat Hannemann betont, wenn er betroffener Bürger sei, dann poche er auf seine Rechte und es interessiere ihn nicht, wenn Herr Söder irgendwelche Empfehlungen abgebe. Es bestehe also ein massiver Handlungsbedarf. Der Freistaat Bayern lasse hier die Kommunen und Landkreise im Regen stehen. Deswegen könne man auch nicht warten, bis der Freistaat Bayern kapiere, dass er praxisnahe Umsetzungen machen müsse. Dies müsse der Landkreis in die Hand nehmen. Noch schlimmer sei es auf Bundesebene, so Kreisrat Hannemann. Er sei geradezu entsetzt darüber, was von dort in der letzten Zeit gekommen sei. Das Eine sei die Kürzung der Solarförderung, über die man diskutieren könne. Es sei sicher nie Sinn der Solarförderung gewesen, Leute, die Solaranlagen und Solarfelder besitzen, zu reichen Leuten zu machen. Dies sei eine Themaverfehlung gewesen. Wenn man aber hergehe und binnen Wochenfrist versuche, die Solarförderung um 30 - 45 % herunterzufahren, dann erinnere dies gelinde gesagt an Planwirtschaft. Es würden auf einer oberen Ebene Beschlüsse gefasst, die mit der Praxis überhaupt nicht übereinstimmen. Jeder Unternehmer wisse, dass er bei einer solchen Anlage einen Planungszeitraum von mindestens 6 - 9 Monaten habe. Er plane, investiere und schließe verbindliche Verträge ab. Es sei Sozialismus pur, wenn dann von Berlin erklärt werde, dass es ab heute keine Förderung mehr gebe. Kreisrat Hannemann macht deutlich, er hätte sich Sozialismus pur in Form von Planwirtschaft von einer schwarz-gelben Bundesregierung in keiner Weise erwartet.

Kreisrat Hannemann fährt fort, er sei sehr dafür, dass gefördert werde, wenn Menschen Energie sparen wollen bzw. müssen und deshalb ihre Häuser sanieren. Hier sollte man Anreize schaffen, fördern und aufklären. Er lasse sich als Bürger dieses Landes aber mit Sicherheit nicht von einer Staatsregierung vorschreiben, wie er sein Haus zu sanieren habe. Das Eigentum müsse in Deutschland auch noch etwas zählen. Diese Art der Bevormundung unter dem Deckmantel des Energiewandels sei grundverkehrt. Kreisrat Hannemann zeigt sich massiv enttäuscht darüber, dass dies gerade von einer Regierung kommt, die sich eigentlich nicht auf die Fahnen geschrieben hat, planwirtschaftliche oder sozialistische Steuerungselemente in die Politik einzubringen. Deswegen habe der Landkreis vor Ort eine Riesenaufgabe zu bewältigen, weil er von den anderen Akteuren auf absehbare Zeit allein gelassen werde.

Zum Haushalt selbst schließt sich Kreisrat Hannemann den Ausführungen der Kollegen Liebert und Güller an. Die Haushaltsberatungen seien hart gewesen. Einfach wäre es gewesen, die Bezirksumlage einfach weiterzugeben. Man habe einen Kompromiss gefunden und den Kommunen die Möglichkeit gegeben, weiter ihren Aufgaben nachzukommen. Seine Fraktion werde der Erhöhung der Kreisumlage um 0,75 % zustimmen. Er sehe allerdings der Zukunft sehr skeptisch entgegen. Dass man weitere Bezirksumlagenerhöhungen bekommen werde, sei zu befürchten. Es gebe überhaupt keinen Anhaltspunkt, dass dies zukünftig nicht so sein werde. Der Landkreis werde deshalb an einen Punkt gelangen, in dem er diesen Kompromiss, den er heute gemacht habe, nicht mehr finden könne.

Wenn man dann sehe, dass die Töpfe für den Straßenbau und andere Projekte leer seien, dann sei zu hinterfragen, wie es mit den Kommunen und den Landkreisaufgaben weiter gehen soll.

Abschließend bedankt sich Kreisrat Hannemann für die Zusammenarbeit mit den Kollegen aller Fraktionen, die allesamt kreativ und intensiv diskutiert hätten sowie für die Engelsgeduld eines Herrn Seitz, der immer wieder versucht habe, vielleicht auch nicht so eloquente Fragen zu beantworten und dabei auch immer die Fähigkeit habe, einen Ernst zu nehmen. Mit solchen Leuten in der Verwaltung mache es auch Spaß, sich in neue Themen einzuarbeiten. Außerdem bedankt sich Kreisrat Hannemann für die kreative Zusammenarbeit, auch im Hinblick darauf, dass einzelne Themen auch einmal unterschiedlich behandelt wurden sowie für das Verständnis dafür, dass man für ein Thema wie die Mansio bis zur letzten Sekunde

kämpfe und auch weiterhin kämpfen werde. Man habe einen ausgeglichenen Haushalt vorliegen, dem die FW-Fraktion zustimmen werde.

Kreisrat Grönninger bedankt sich zunächst bei Herrn Landrat für die gute Zusammenarbeit, nicht zuletzt für die regelmäßigen Gespräche in der Fraktion. Ein Dank gelte auch der Verwaltung für die Protokollführung und Unterstützung in Sachen Mandatos und in sonstigen Dingen. Ganz besonders möchte sich Kreisrat Grönninger bei Herrn Seitz für die Vorbereitung und Erläuterung des Haushalts 2012 bedanken. Herr Seitz sei in die Fraktion gekommen, wo alles bis ins Detail besprochen werden konnte.

Kreisrat Grönninger führt aus, er wolle nur einige wichtige Punkte im Haushalt 2012 ansprechen. Die wichtigen Punkte, die seine Fraktion ins Auge gefasst habe, seien die Höhe der Kreisumlage, die Ausgaben zur Sanierung und zum Neubau der Schuleinrichtungen, der Start der Energiewerke Landkreis Augsburg und nicht zuletzt die notwendige Wiederbelebung der Beförderungsleistungen im ÖPNV gewesen. Wenn man das Debakel um Schwabmünchen sehe, dann wisse jeder, was gemeint sei. Die Grünen hätten dazu einen Antrag für eine Resolution eingereicht. Leider wurde dieser heute nicht behandelt und auch nicht thematisiert. Dies sei schade. Es wäre ganz gut gewesen, von der heutigen Sitzung aus ein Signal zu senden.

Ferner möchte er noch auf die Straßenbahnlinie nach Königsbrunn und die Reaktivierung der Staudenbahn eingehen, so Kreisrat Grönninger.

Begonnen hätten die Haushaltsverhandlungen mit einem Fehlbedarf von 6,4 Mio. €, so die AZ vor knapp vier Wochen. Heute sehe es ganz anders aus. Alle Abteilungen hätten gespart, wo es gegangen sei. Nun sei man auf einem wirklich niedrigen Niveau. Die Kreisumlage steige in diesem Jahr um 3 Mio. €. Nachdem der Landkreis keine eigenen Steuerquellen habe, sei man auf die Kommunen angewiesen. Die Grünen seien dafür gewesen, die Bezirksumlage in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben. Es sei nicht bekannt, inwieweit die FDP noch einen entsprechenden Antrag auf getrennte Abstimmung über die Kreisumlage stellen werde. Kreisrat Grönninger erklärt, er werde sich im Vertrauen darauf, dass dies noch erfolge, diesbezüglich zurückhalten. Kreisrat Grönninger verweist auf die Meinung seiner Fraktion, dass eine höhere Kreisumlage gut gewesen wäre. Die Großprojekte der vergangenen Jahre seien unter anderem die Schulsanierungen in Königsbrunn und Meitingen gewesen. Nun stehe der Neubau der Beruflichen Schulen in Neusäß und des Gymnasiums in Diedorf an. Mit einer höheren Kreisumlage hätte man die auf den Landkreis zukommenden Investitionen leichter schultern und so eine höhere Verschuldung vermeiden können, als sie nun zum Tragen komme. Leider konnten sich die Grünen mit ihrer Meinung im Kreisausschuss nicht durchsetzen.

Zum Neubau der Beruflichen Schulen in Neusäß und zum Gymnasium in Diedorf führt Kreisrat Grönninger aus, dass die Grünen diese Leuchtturmprojekte im energetischen und pädagogischen Sinn unterstützen. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den Ausschüssen und dafür, dass die Hinweise des Kollegen Joachim Schoner dazu geführt hätten, dass man Förderprojekte generieren konnte. Die Bundesstiftung Umwelt sei mit angesprochen, ebenso das Bayer. Ökologieinstitut. Mit beiden sollen Fördertöpfe eröffnet werden. Der Landkreis Augsburg könne hier eine Vorreiterrolle im Hinblick auf die ökologische Sanierung bzw. den ökologischen Neubau einnehmen.

Zum Start der Energiewerke Landkreis Augsburg habe man schon Etliches gehört. Nach Meinung der Grünen verlaufe dies sehr schleppend und stolpernd. Man höre aus den Zeitungen nur, dass sich die Kommunen damit beschäftigen und sich mit einem minimalen Beitrag beteiligen wollen oder auch nicht. Über den eigentlichen Inhalt, das Ziel und die Gestaltung der Energiewerke, höre man an sich wenig. Über die Rechtsform wurde zwar im Kreisausschuss gesprochen, aber eine inhaltliche Diskussion – auch hier in diesem Gremium – habe nie stattgefunden. Die Beratungen wären aus Sicht der Grünen im Bau-, Umwelt- und

Energieausschuss in abgewandelter Form sinnvoller und weiterführender. Zu diskutieren sei das Ganze auch vor dem Hintergrund des Kahlschlags, der im Bereich des Erneuerbaren Energiengesetzes bezüglich der Solar-/Photovoltaikanlagen passieren soll. Wenn man eine Förderung so weit nach unten fahre, dann sei fraglich, ob z. B. die Firma fagus, die die Dächer auf den kreiseigenen Gebäuden zugesichert bekommen habe, überhaupt noch Interesse daran habe. Wenn man für den Strom, den man auf dem Dach produziere, weniger bekomme als dafür bezahlt werden müsse, Strom zu beziehen, dann stimme die Rechnung einfach nicht mehr.

In diesem Zusammenhang möchte Kreisrat Grönninger auch an die am 23. März stattfindende 1. Schwäbische Windenergiekonferenz erinnern, zu der er die Kreistagsmitglieder recht herzlich einlädt. Wenn man die Zeitung aufschlage und Meldungen über die Windenergie im Landkreis Augsburg höre, dann sei die Diskussion mindestens so holprig wie mit den Energiewerken. Das „Hü und Hott“ in Meitingen stelle ihm die Haare zu Berge, so Kreisrat Grönninger. Zwischen den gut gemeinten Absichten dürfe man alles wollen, aber im Grunde genommen auch sehr viel verhindern und auf die lange Bank schieben. So könne es letztendlich auch nicht gehen.

Zum ÖPNV stellt Kreisrat Grönninger fest, dass die Ausdünnung des Verkehrs in Richtung Schwabmünchen fast als Fortschritt verkauft wurde. Dies sei recht dreist. Leider konnte die Resolution der Grünen heute nicht vorgestellt werden. Dass die Straßenbahn nach Königsbrunn immer noch nicht fahre, sei nach mindestens 50 Jahren – so lange würden schon die Trassen frei gehalten – ein Trauerspiel schlechthin. Es sei ein Armutszeugnis der Stadtwerke, von denen dies scheinbar ständig blockiert werde, aber auch der Stadtverwaltung und des Stadtrats von Augsburg, dass hier nicht die entsprechenden Impulse gesetzt würden. Dies sei aber auch ein Versäumnis der Landkreispolitik. Letztendlich sei Königsbrunn die größte Stadt im Landkreis Augsburg, sie zähle fast 25.000 Einwohner. Daher wäre es wirklich angebracht, in diesem Jahr nochmals von Seiten des Kreistages eine Kraftanstrengung zu unternehmen, um hier zu einer Lösung zu kommen, damit endlich mit dem Bau begonnen werden könne.

Als weiteren Punkt spricht Kreisrat Grönninger das „Lieblingsprojekt“ der Grünen, die Staudenbahn, an. Hier gehe nichts vorwärts. Im vergangenen Jahr wollte Landrat Sailer nach München fahren und das Ganze endlich zum Laufen bringen. Dies sei nicht ganz so gelungen. Deswegen müssten die Verhandlungen nun in den nächsten Monaten zügig vorangehen. Nach der Information von Joachim Schoner sei es so, dass zumindest Staatsminister Zeil als erster Verkehrsminister die Streckenreaktivierung von Senden nach Weißenhorn positiv beschieden habe. Man könne damit rechnen, dass im September 2013 dort die ersten Züge rollen. Die Grünen hätten sich das gleiche auch für die Staudenbahn gewünscht. Man habe gedacht, dass man bereits zum 100-jährigen Jubiläum der Staudenbahn im Jahr 2012 weitere Ergebnisse haben werde. Die Grünen seien aber zuversichtlich, dass man den Schienenstrang noch in diesem Jahr neu beleben könne und möchten die Politiker an ihren Taten messen. Es bleibe abzuwarten, was dabei herauskomme.

Was den Grünen im öffentlichen Nahverkehr ebenfalls wichtig sei, sei eine Neustrukturierung der Tarife, wie sie von Joachim Schoner bereits vorgestellt wurde. Man wolle eine Gerechtigkeit in der Entfernung und in der Verfügbarkeit sowie eine soziale Balance in der Tarifgestaltung. Letztendlich solle dies dazu führen, dass man gestärkt auf den öffentlichen Nahverkehr setze. Wenn man die Pendlerzahlen sehe, dann wisse man, wie notwendig dies sei.

Anschließend erteilt Kreisrat Grönninger im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung zum Kreishaushalt 2012.

Kreisrat Buhl hält folgende Rede:

„Sehr geehrter Herr Landrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

Demokratie kann ein mühseliges Geschäft sein. Demokratie lebt auch von der Diskussion. Darum, lieber Harald Güller, muss ich hier ob Deiner Vorwürfe nicht in Demut stehen, sondern darf hier sehr wohl auch unsere Ideen überzeugend darbringen.

Zahlen, meine Damen und Herren, haben Sie jetzt genug gehört. Wir kennen diese alle auch. Ich will diese nicht wiederholen, sondern den Haushalt aus einem anderen Blickwinkel beleuchten. Ich konnte dies teilweise schon im Kreisausschuss darlegen, aber heute ist der Tag der Entscheidung. Das wollen wir nutzen, um auf einige Schief lagen hinzuweisen.

Die Diskussionen um den Haushalt sind beendet. Die notwendigen, aber sparsam und wirtschaftlich erarbeiteten Haushaltsmittel sind bekannt. Schon früh haben in altbekannter Manier die Protagonisten der Gemeinden und Städte ihr Wehklagen über die Höhe der Kreisumlage angestimmt. Fast hätten wir mit geweint, wären da nicht die zahlreichen Pressemeldungen gewesen, wie gut es den Kommunen in diesem Jahr geht. Eine besondere Rolle bei der Höhe der Kreisumlage spielt eine lose, zusammengewürfelte Fraktion im Kreistag: Das ist die Fraktion der Bürgermeister. Je nachdem, ob wir auch die weiteren Bürgermeister mit dazu nehmen, hat diese Fraktion eine beachtliche Stärke, sowohl stimmenmäßig als auch in Fragen der Redebeiträge, der Forderungen und Wünsche an die Landkreisverwaltung, vor allem für die eigene Kommune. Es wäre interessant, wie die Bürgermeister reagieren würden, wenn sich der Landkreis in die Haushaltsberatungen der Kommunen in der gleichen Form einschalten würde. Eigentlich, so hat mir vor über zwanzig Jahren ein erfahrener Kreisrat gesagt, gehören Bürgermeister nicht in den Kreistag und Landräte nicht in den Bezirkstag. Heute weiß ich, was der erfahrene Kollege gemeint hat.

Die Gremien des Kreistages, Jugendhilfeausschuss, Schul- und Kulturausschuss, Bau- Umwelt- und Energieausschuss, Ausschuss für Personal, EDV und Organisation sowie der Kreisausschuss haben in jeweils zwei Lesungen gewissenhaft den umfangreichen Haushalt des Landkreises beraten. Gestartet mit einem ungedeckten Bedarf von knapp 6 ½ Mio. € (Vorjahr knapp 10 Mio. €) konnten die Mitglieder des Kreistages diesen ungedeckten Bedarf sowie eine Reihe von Einzelpositionen auf Zusatzlisten auf nunmehr knapp 1,5 Mio. € reduzieren. Das zeigt doch, dass sehr verantwortungsbewusst mit den Steuermitteln der Umlagenzahler umgegangen wurde.

An dieser Stelle hätten wir gerne Einsparvorschläge diskutiert, die von außen, wo man ohnehin alles besser weiß und besser beurteilen kann, an uns herangetragen wurden. Doch hier war komplett Fehlanzeige - wie jedes Jahr. Nur Vorschläge, die die Höhe der Kreisumlage betreffen, können sich die Beteiligten sparen. Diese brauchen wir hier auch nicht.

Allerdings, und das ist auch ein Teil der Wahrheit, wurde im Rahmen der Beratungen die Kreditaufnahme für die große Baumaßnahme „Sanierung des Daches des Landratsamtes“ um 1,5 Mio. € aufgestockt, und das stößt uns sehr sauer auf. Hier hätte es auch andere Möglichkeiten in der Gesamtfinanzierung geben können. Es kann nicht sein, dass der Landkreis auf Dauer notwendige Maßnahmen nur noch über Kreditaufnahmen finanziert und damit die Höhe der Schulden deutlich nach oben treibt. Hier ist der Schulterchluss der kommunalen Familie gefordert.

Im Rahmen der Beratungen wurden immer wieder Stimmen laut, die die derzeit so günstige Zeit für Kreditaufnahmen lobend erwähnten. Dies gilt aber doch auch und gerade für die Kommunen im Landkreis und nicht nur für den Landkreis selbst.

Wie entstehen denn unser Haushalt und dabei ein ungedeckter Bedarf? Sitzen da im Landratsamt ein geldgieriger Landrat und eine nicht minder geldgierige Verwaltung? Oder sitzen da am Ende Entscheidungsträger (Kreisräte), die für Ihre jeweilige Lebensregion und natürlich auch darüber hinaus im laufenden Jahr viele Wünsche, Anregungen und Forderungen haben, die sich im vorliegenden Zahlenwerk niederschlagen. Wir alle wissen, dass es die Entscheidungen der Kreisräte sind, die die Höhe der Ausgaben beeinflussen.

Der Landkreis hat in diesem Jahr wieder gewaltige Anstrengungen für den Schwerpunkt Bildung im Haushalt verankert; nicht nur investiv, sondern auch sehr kräftig im Verwaltungshaushalt. Alle Regionen im Landkreis profitieren herausragend von diesen Anstrengungen zu einem Vorzeige-Bildungslandkreis. Die Ausgaben dafür können dem Landkreis eigentlich als Wirtschaftsförderung angerechnet werden. Nicht nur die jeweilige Standortgemeinde einer weiterführenden Schule kann daraus Vorteile generieren; nein – die ganze Region blüht damit auf, wie wir aus der Erfahrung wissen. Sie brauchen da nur ganz aktuell nach Diedorf und die Stauden schauen. Ist es dann nicht auch angemessen, diese Regionen auch bei der Finanzierung dieser Vorhaben entsprechend zu beteiligen. Wir finden, das gebietet sich als selbstverständlich, zumal in einer Zeit, in der kaum ein Tag vergeht, in der nicht die glänzende finanzielle Lage der Gemeinden oder Städte in den Medien verkündet wird, beileibe nicht nur von Berichterstattern, sondern sehr seriös auch von den Gemeindeoberhäuptern und den Verwaltungen. Die Realisten unter den Landkreisgemeinden haben lange schon Erhöhungen im Geiste eingeplant. Man gibt sich nur überrascht, wenn diese dann auch wirklich kommen.

Die lautesten Bedenkenräger von Erhöhungen – das sollten sich die kleineren Gemeinden auch mal zu Gemüte führen – sind die, die finanziell Erhöhungen ohne Not verkraften können. Es sind aber auch die, wie vorher ausgeführt, die wortstark das ganze Jahr über alle Beschlüsse einfordern und dann auch beschließend mittragen. Bei einem gefühlten Zustimmungsgang unserer Entscheidungen im Kreistag und in den Ausschüssen von ca. 95 % oder vielleicht sogar mehr, die einstimmig auf den Weg gebracht werden, ist es schon ein wenig scheinheilig, sich am Ende des Jahres über den hohen Finanzbedarf des Landkreises zu wundern.

Hier unterscheiden wir uns in der Verantwortung auch von so manchen Kollegen, die am Samstag noch einen Forderungskatalog aufstellen, in dem der Landkreis die Bildungsinvestitionen noch schneller realisieren soll als es die Planungen vorsehen – wohlgemerkt einstimmige Beschlüsse – um am Montag dann schon Klage führen, dass die Kreisumlage natürlich nicht steigen dürfe. Man muss schon wissen, was man will, und das hat seinen Preis.

Aber von dieser Betrachtungsweise nehme ich auch die politische Spitze des Landkreises nicht aus. Nehmen wir z. B. den Personalhaushalt; heute schon ein vielgefragtes Thema. Die Landräte haben den Bezirk kritisiert, weil dieser 3 % pauschale Erhöhungen eingeplant hat und forderten deutliche Absenkungen, die dann risikoreich auch mit 2,25 % angesetzt wurden. Die SPD hat in der Haushaltsrede des Vorjahres ausgeführt, dass sie sich mit dem Haushalt des Bezirkes intensiv auseinandersetzen will. So steht es im Protokoll. Das ist sicher geschehen. Vergessen wurde nur, uns das Ergebnis mitzuteilen. Aber wie ist das üblicherweise: Keine Antwort ist Zustimmung und dafür darf ich mich namens des Bezirkes herzlich bedanken.

Zurück zu den Personalkosten: Die Landkreise selber nehmen einen kräftigeren Schluck aus der Pulle, als man es dem Bezirk gestattet hat, und zwar mit über 4 % Erhöhungen und zum Teil deutlich mehr. So sollte man nicht argumentativ miteinander umgehen, wobei sich überhaupt die Frage stellt, wer eigentlich den jeweiligen Haushalt aufstellt.

In den Personalkosten 2012 stecken Entscheidungen des letzten Jahres im Personalausschuss, wie z. B. Stellenneuschaffungen im Umweltbereich oder in der Jugendprävention; alle beschlossen von Kreisräten. Es ist also beileibe nicht so, dass sich die Verwaltung hier ausschließlich selber bedient. Dennoch möchte ich an dieser Stelle für unsere Fraktion anmerken, dass der Personalhaushalt künftig einer noch tiefergehenden Betrachtung unterzogen werden muss, im Besonderen hinsichtlich seiner weiteren Fortschreibung.

Ich will mich nicht rückblickend weiter auslassen, weshalb wir gerade im Bildungsbereich so enorme Anstrengungen unternehmen müssen. Das sollte die in der Vergangenheit als Mehrheitsfraktion regierende CSU selber zum Nachdenken anregen. Aus Gesprächen weiß ich auch, dass dieses Manko mittlerweile erkannt wurde.

An dieser Stelle verweise ich auf unseren Antrag, die Mehreinnahmen aus der Grundsicherung für die Anstrengungen des Landkreises auf dem Bildungssektor und hier speziell für das Gymnasium Diedorf zu verwenden:

Zur Erinnerung: Seinerzeit hatte Rot-Grün im Bund eine sicher richtige Entscheidung für die Bürger mit der Einführung der Grundsicherung beschlossen, die Finanzierung aber nur zu 16 % übernommen. Den Rest musste die kommunale Familie schultern. Kollege Güller ist hier elegant ausgewichen. Nun sind wir mit Schwarz-Gelb auf einem richtigen und guten Weg. Heuer erstattet der Bund 45 % sicher. In 2013 hoffen wir, dass 75 % und in 2014 dann 100 % dieser Leistungen erstattet werden. Das wollen wir hervorheben. Dies muss nicht unter den Teppich gekehrt werden. Das gehört auch zum Erfolgskonzept von Schwarz-Gelb.

Ich habe im Vorjahr zum Haushalt ausgeführt, dass das Klinikum Zahlen präsentiert hat, die manche schon zum Frohlocken veranlassen. Nach dem vor kurzem erfolgten Vortrag des Vorstandes trifft dies wohl weiter so zu. Wir wollen aber auch da noch etwas kurz treten und wirkliche, exakte Ergebnisse abwarten. Die Nagelprobe wird nach der Bilanz Ende 2012 zu machen sein. Dann sind wir schlauer. Nach unseren Informationen gab es auch gravierende Auflösungen von Rücklagen – natürlich auch eine Möglichkeit, die ein Ergebnis sehr positiv beeinflussen können. Aber, das wissen wir, das geht nur einmal.

Die Wertachkliniken und somit auch der Landkreis dürfen sich über ihre Erfolgsgeschichte freuen. Das möchten wir an dieser Stelle lobend betonen.

Bei der Staudenbahn gibt es noch Hausaufgaben durch die Gemeinden zu erledigen, damit an dieser wichtigen Achse des ÖPNV weiter gearbeitet werden kann. Hier sind die Gemeinden jetzt am Zug; aber für diesen Haushalt 2012 – gleich zur Klarstellung – konnte nichts vorgesehen werden.

Beim ÖPNV steht die Fortschreibung an. Dazu wurde unserem Antrag stattgegeben, dass eine umfassende Gesamtplanung für den Landkreis erstellt wird. Diese Planung soll ohne Tabus als Bestandsaufnahme eine Stärken- und Schwächenanalyse des vorhandenen Verkehrs liefern und uns dabei Entscheidungshilfe sein.

Die Tarife im ÖPNV steigen immer wieder an. Das Leistungsprofil selbst aber wird nicht verbessert, um nicht zu sagen: weiter verschlechtert. Die Brechung der Busse ab der Bahn (Tram) spülen der Stadt Augsburg laut Pressemitteilungen gewaltige Summen mehr in die Kasse. Wir stellen die Frage, wo dabei der Ausgleich für die weiteren Gesellschafter ist. Man wird nur an den Tisch geholt, wenn es um die Verteilung der Ausgaben geht. Und die Kreisräte dürfen dann politisch den Kopf für die Brechung hinhalten. Fragen Sie doch einmal den Betreiber des ÖPNV in Gersthofen oder den Bürgermeister von Königsbrunn.

Die Stadtwerke Augsburg verstehen sich schon längst nicht mehr als Dienstleister, sondern als bestimmender Dominator für eigene Interessen im AVV. Wer sich allein nur das Gewürge und die Unprofessionalität bei der Anbindung der Stadt Königsbrunn an das Straßennetz anschaut, dem kommt das Grausen. Wer sich aber näher mit den Akteuren beschäftigt, dem wird dann einiges klarer.

An dieser Stelle dürfen wir uns auch bei Minister Zeil bedanken. Er hat Wort gehalten bei der Reaktivierung der Staudenbahn sowie der 3. Gleise hinsichtlich der konstruktiven Begleitung der Projekte und nicht wie seine Vorgänger nur Versprechungen aufgetischt. Das ist Fakt und die Wahrheit.

In diesem Zusammenhang ist nach wie vor die Optimierung der Schülerbeförderung für unsere Fraktion ein brandheißes Thema. Wir werden daran konsequent für eine Verbesserung der jetzigen Situation weiter arbeiten. Wer die Schwabmünchner Allgemeine der letzten Woche gelesen hat, weiß, was wir meinen. Kollege Güller: Es ist nicht damit getan, sich mit der Fraktion bei einem Busunternehmer zur Brotzeit einzufinden. Zur Beförderung der Schulbus-situation braucht es andere Dinge, auch zur Einführung einer Qualitätskontrolle, die Sie angesprochen haben. Da muss man kräftig selber in die Pedale treten. Das haben wir getan. Schön, dass Sie das bemerkt haben.

Gerne hätten wir unsere Schullandschaft um eine FOS im Süden erweitert. Allein an der Stadt Augsburg wäre es gelegen, hier einen Befreiungsschlag für die Schulfamilie zu führen. Drei Kommunen hatten sich schon angeboten, wirtschaftliche Betriebslösungen für diesen Schulzweig anzubieten.

Im Bereich Umweltschutz hat unsere Fraktion im Herbst 2010 einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Ziel auseinandersetzt, 100 % erneuerbare Energien zu erreichen.

Das Thema sollte auf jeden Fall weiter auf der Agenda stehen. Vielleicht gibt es auch einmal eine Behandlung dieses Antrages. Der Landkreis muss das Thema aktiv leben und natürlich auch vorleben. Allerdings, das muss gerechterweise gesagt werden, sind schon klare Schritte in diese Richtung erkennbar.

Zusammenfassend kann unsere Fraktion nicht erkennen, dass der Landkreis leichtfertig oder unwirtschaftlich mit Steuermitteln umgeht. Deshalb sollte das gesetzliche Prinzip der Umlageeinforderung ohne wenn und aber gelten. Wir wollen nicht akzeptieren, dass der Landkreis seine Verschuldung ohne Not weiter erhöht, nur damit die Gemeinden und Städte eine preiswerte Kreisumlage haben. Im Bezirk habe ich bei der Klage der Landräte über die Höhe der Bezirksumlage laut nachgedacht, was denn an Leistungen im jeweiligen Landkreis gestrichen werden kann. Da hat keiner der Betroffenen selbst einen Vorschlag gemacht. Das war ja so zu erwarten. Doch diese Idee könnte auch im Landkreis verfeinert werden.

Nachdem mich das sehr beschäftigt hat, hatte ich heute Nacht einen schönen Traum:

Der Landkreis stellte wie heuer seinen Bedarf an Ausgabemitteln abzüglich der Einnahmen fest. Daraus ergaben sich der ungedeckte Bedarf und die Höhe der Kreisumlage. Wie es in Märchen so ist: Der Landrat stellte dies der Bürgermeisterfraktion vor und ersuchte höflich, dass von dort die Wunsch-Kreisumlagenhöhe vorgegeben wird, wie auch heuer im realen Leben. Das machte die Bürgermeisterfraktion auch, aber oh Wunder, die konnte wie auch heuer nicht das offene Delta abdecken.

Der Landrat aber wollte konsequent seine Verschuldung nicht erhöhen und hat nur noch den Weg über Streichungen als Lösung gefunden. Hierfür wurden dann durch den Hofstaat verschiedene Wege gefunden. Der Landrat sagte: „Ich erwarte Vorschläge zu Kürzungen“. Erstaunlicherweise kamen solche nicht. Also brauchte es andere Lösungen. Deshalb schlug der Landrat vor: „Dürfen die kleinen Kommunen bei den Großen etwas streichen? Wäre doch schön, weil es denen weniger weh tut?“ Doch keiner traute sich, seinen großen Bruder anzusehen. Der Landrat weiter: „Oder wählt der Landkreis im Losverfahren aus dem Lostopf aller Kommunen Kürzungen so lange aus, bis die akzeptable Höhe der Kreisumlage erreicht ist?“ Dies können wir versuchen, meinte einer, wenn bei mir nichts gestrichen wird. Also schritten die Wackeren zur Tat.

Die Glücksfee für diese Verlosung kam mir bekannt vor und sah dem Ober-Ober-Bürgermeister aus Untermeitingen ähnlich, der die Losziehung aber aus Datenschutzgründen mit Augenbinde vornehmen wollte.

Es hat ganz toll geklappt und fast alle waren glücklich und zufrieden. Der Landkreis musste keine höheren Kredite aufnehmen, die Kommunen waren sich untereinander in allen Fragen einig wie immer und sagten. „Wenn wir das doch nur schon immer so gemacht hätten.“ Sie ließen den Landrat ob seiner Güte und Weisheit hochleben. Der Landrat freute sich wie ein König; nur sein Hofstab aber meinte: „Wenn die das künftig selber machen, dann brauchen die uns ja nicht mehr.“ „Nein, nein“, sagte der Landrat, „die brauchen uns schon noch. Wir sind die, die Verantwortung tragen.“ Dann wachte ich schweißgebadet wieder auf und das ganze Schlamassel war das alte; eigentlich schade. Es war so ein schöner Traum.

Doch Spaß beiseite und zurück zur Realität. Wenn wir unser Finanzgebaren nicht ändern, wenn wir weiter zulassen, dass der Haushalt von außen mehr gesteuert wird als dies gut ist, wird der Traum schnell zum Trauma. Wir sollten unsere eigenen Entscheidungen, die wir das ganze Jahr über treffen, auch am Ende des Jahres verantworten und dann eine Kreisumlage erheben, die diesen Entscheidungen gerecht wird. Es ist keine verantwortliche Politik, wenn

wir Jahr für Jahr fehlende Mittel durch Kreditaufnahmen kompensieren. Bleibt nur zu hoffen, Kollege Güller, dass die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung als Wirtschaftslokomotive in Europa weiter so gut bestehen kann. Wir wollten die Mehreinnahmen der Grundsicherung nicht zur Stützung der Kreisumlage heranziehen, wie es jetzt geschieht, aber über unseren Antrag wurde ja leider nicht abgestimmt. Das will ich hier festhalten.

Ich will nicht unken, aber in zwei Jahren ist wieder Kommunalwahl. Da wird dann dem Landrat vielleicht die Höhe seiner Verschuldung zum Vorwurf gemacht.

Unsere Fraktion steht zu den Bildungsausgaben. Wir tragen auch die Ergebnisse der Ausschussberatungen mit. Aber die Gemeinden müssen sich an den gewaltigen Verbesserungen für die Regionen auch entsprechend beteiligen.

Der Haushalt ist trotz aller Herausforderungen ausgeglichen. Dass dem so ist, ist auch der engagierten und guten Arbeit der Beschäftigten der Landkreisverwaltung wie auch der Landkreis-Töchter zu verdanken. Dafür darf ich an dieser Stelle namens der FDP/ödp-Fraktion sehr herzlich danken.

Aber: Sie haben die Gründe gehört, die uns sehr negativ stimmen. Deshalb stellen wir als Fraktion FDP/ödp den Antrag, die Kreisumlage um 1,5 Punkte zu erhöhen und dadurch die Erhöhung der Bezirksumlage weiterzugeben. Vielen Dank!"

Landrat Sailer lässt über den Antrag der FDP/ödp-Fraktion abstimmen, die Kreisumlage um 1,5 Punkte zu erhöhen. 9 Kreistagsmitglieder sprechen sich für diesen Antrag aus. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Kreistag fasst anschließend folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2012. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2012 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	1

TOP 6 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 7 Wünsche und Anfragen

- keine -

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

23. Sitzung des Kreistages 05.03.2012